

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Telefon: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Mittwoch, den 30. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Ein Wendepunkt in der Geschichte des amerikanischen Sozialismus.

Aus Newyork schreibt man uns:

„Der Sozialismus ist auch in diesem Lande die brennende Frage der Zeit geworden. Auch das amerikanische Volk steht ihr bereits gegenüber und wird den entscheidenden Kampf in naher Zukunft auszufechten haben.“ Viele Worte des Präsidenten Taft, gesprochen bei dem 56jährigen Gedenkfest der republikanischen Partei zu Jackson im Staate Michigan, haben am 8. November eine überzeugende Bestätigung erfahren, die geradezu die Überraschung der verflochtenen Wahlen bedeutet und diese zu einem Wendepunkt für die Geschichte der amerikanischen Sozialdemokratie und damit auch des Landes machen. Die Resultate dieser Wahlen, so unvollständig sie bisher noch sind, lassen keinen Zweifel darüber, daß unsere Partei in den Vereinigten Staaten, nachdem es so manche Jahre schien, als ob sie nur mühselig vegetiere, nunmehr zu einem politischen Faktor emporgewachsen ist, mit dem bei allen künftigen Wahlen gerechnet werden muß.

Mit der Wahl Viktor Bergers in Milwaukee hat die sozialistische Partei endlich den Bann gebrochen, der ihr bisher die Tore des Bundesparlaments hermetisch verschloß. Zwei andere sozialistische Kongreßkandidaten, Gaylord in Milwaukee und Bachmann in Columbus, der Staatshauptstadt in Ohio, deren Wahl am Abend des 8. November sogar von der bürgerlichen Presse gemeldet wurde, sind nach dem inzwischen vorliegenden Totalergebnis um ein geringes hinter ihren Gegnern zurückgeblieben. Das nächste Mal wird dem ersten Sozialisten im Kongreß eine erste kleine Schar folgen, wie das Bild dieser Novemberwahlen auch ein immer stärkeres Eindringen der Sozialdemokratie in die einzelstaatlichen und lokalen Parlamente verbürgt. In sechs von neununddreißig Staaten, in denen unsere Parteigenossen sich an den Wahlen beteiligten, wurden Sozialisten zu den Staatsparlamenten gewählt, in vier Staaten wurde je ein County (Regierungsbezirk des Staates) und in fünf Staaten je eine Stadtgemeinde erobert; außerdem legten sich aber zwei Staaten, je zwei und ein Staat sogar drei sozialistische Stadtverwaltungen zu. Die Anzahl der gewählten sozialistischen Staatslegislatoren beträgt neunzehn, die sich auf folgende Staaten verteilen: Kalifornien, Massachusetts, Minnesota, Pennsylvania und Wisconsin. Die eroberten Countys sind: Lake und Cook, Minnesota, Milwaukee in Wisconsin; Franklin in Ohio und Marshall in Oklahoma. Die Städte, die sich am 8. November für eine sozialistische Verwaltung entschieden, sind: Columbus in Ohio, Haverhill in Massachusetts, East Liverpool in Ohio, Grand Salem in Texas, Havelock in Nebraska, Carlton und Two Harbor in Minnesota, Glen Carbon, Dalzell und Herron in Illinois, Hamilton in Iowa und Brantwood in Wisconsin. In County Milwaukee wurden schließlich ein sozialistischer Staatsanwalt und auch ein parteigenösslicher Sheriff (oberster Vollzugsbeamter) gewählt, womit unsere Parteigenossen von Milwaukee ihren bahnbrechenden Sieg vom Frühjahr glorreich vervollständigt haben, üben sie doch jetzt in der Verwaltung und den gesetzgebenden Körperschaften der Stadt wie des Countys die unbestrittene Macht aus. In der Stadt Milwaukee sind die sozialistischen Mehrheiten diesmal größer als im Frühjahr, gewiß ein erfreuliches Vertrauensvotum für die erste sozialistische Administration in einer amerikanischen Großstadt. Noch imponanter sind die sozialistischen Majoritäten in County Milwaukee. Von den erwähnten neunzehn sozialistischen Staatslegislatoren entfallen 13 allein auf Wisconsin, das außerdem sechs Republikaner und nicht einen einzigen Demokraten wählte. Das für die deutsche Partei-Entwicklung so typische Bild der Ablösung der bürgerlichen Opposition durch die Sozialdemokratie zeigt sich mit überraschender Klarheit auch in Wisconsin.

Die obige Zusammenstellung der direkten sozialistischen Erfolge entspricht einer am 14. November veröffentlichten „Wahlbilanz“ des Nationalbureaus der Partei, die ferner noch 11 Legislatur-Distrikte in verschiedenen Staaten der Union verzeichnet, in denen anscheinend ebenfalls sozialistische Abgeordnete gewählt wurden, aber noch amtliche Nachzählungen stattfinden müssen. Sozialistische Beamte minderen Ranges wurden in großer Anzahl in fast allen Teilen des Landes gewählt.

Entschieden bedeutungsvoller als die Wahl so vieler sozialistischer Beigegebenen und Beamten ist aber das gewaltige Wachstum der sozialistischen Stimmzahl, die auf mindestens 700.000 geschätzt werden darf, wahrscheinlich aber auch die 800.000 überschritten hat. Aus fast allen Staaten wird ein Anschwung des sozialistischen Votums

um 50—100 Prozent und darüber gemeldet. Im Staat Newyork erhielt Genosse Ruffel als Gouverneurskandidat 60.000 Stimmen, wenn nicht mehr, gegen 33.994, die vor zwei Jahren auf Genossen Washope entfielen. In der Stadt Newyork (Groß-Newyork) stieg unsere Stimmzahl in demselben Zeitraum nur von 23.633 auf 27.320. Die „Sozialistische Arbeiterpartei“, für deren Gouverneurskandidat im Jahre 1908 1826 Stimmen abgegeben wurden, erntete diesmal 2411 Stimmen. Wie die dezentrale Gruppe im Lande abgeschnitten hat, muß sich noch zeigen. Auch in den anderen industriellen Bezirken der Oststaaten haben wir einen erfreulichen Fortschritt gemacht. Genaue Gesamtergebnisse liegen jedoch noch aus den wenigsten Staaten vor. Am großartigsten sind die sozialistischen Erfolge, was die Stimmzunahme betrifft, wahrscheinlich in Kalifornien und Pennsylvania, den Staaten, die im Laufe der letzten paar Jahre die bittersten Klassenkämpfe gesehen haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Stromzöllerei.

In einer ebenso langen wie durchweg langweiligen Sitzung beendete der Reichstag die zweite Lesung der Schiffsabgaben, worauf die Vorlage an eine Kommission wanderte. Die Dienstsitzung zeigte im wesentlichen dasselbe Bild wie die Montagsitzung; die Schwarzblauen in ihrer überwiegenden Mehrheit sowie wohl die Mehrheit der Nationalliberalen sind für die Sozialdemokratie, wohl auch die Polen, die Freisinnigen mit Ausnahme der Württemberger, sowie eine nationalliberale Minderheit sind gegen die Vorlage. Nicht uninteressant und für die Hegemonie des Wirtschaftsmoments über die politische Ideologie war die Stellungnahme kleiner Fraktionsminoritäten hüben und drüben. Mit geradezu oppositioneller Schärfe sprach der konservative Sachse Waggoner namens aller sächsischen rechten Parteien gegen die Vorlage. Der nationalliberale Vertreter von Leipzig, Dr. Sunk, schloß sich ihm an. Andererseits zeigte der sonst doch relativ links stehende Volksparteiler Hauptmann starke Neigung, trotz aller Bedenken der Vorlage schließlich zuzustimmen. Geradezu begeisterungsvoll gebärdete sich, außer Diederich dem Unvermeidlichen, der bayerische Zentrumsagrarier Gerstenberger und mit auch nicht zu unterschätzender Lungenkraft stieß der festrednerisch hochbegabte nationalliberale Schwabe Wegel in die Lobesposaune. Der Räder der Main- und Neckarregulierung hat verfangen und hat Bayern und Württemberg in das Lager der Stromzöllerei herübergeführt. Auch Baden und Elsaß-Lothringen sind bereit, mit fliegenden Fahnen zu den Flußagariern überzugehen, wenn sie nur Sonderrechte erlangen, wie am Montag die Herren Ricklin und Gregoire und am Dienstag der Zentrumsmann Jehu für forderten. Freilich die vom Reichsland geforderte Mosel- und Saarregulierung, ein Kulturwerk von sicherlich hohem Werte, läßt die Regierung durch Breitenbachs Mund ablehnen, weil es die Schlotgewaltigen von der Ober und der Ruhr wünscht. Wo Latifundium und Bergwerk in ihren Interessen kollidieren, siegt das Latifundium, aber nächst den Agrariern sind die Schwerindustrieellen und die Bergherren die Mitregenten Preußens. So feierte der Branchen- und Lokalpartikularismus wahre Orgien des Triumphes über das Gemeinwohl. Natürlich ließ sich unsere Fraktion nicht von den stromzöllnerischen Vorpiegelungen einer ungeahnten Blüteperiode der Schifffahrt und der ihr durch die Interessen des werktätigen Volkes klar vorgeschriebenen Richtlinie abdrängen. Genosse Stolle wies nochmals nach, daß die agrarische Begehrlichkeit der Vater des Schiffsgebankens ist und erläuterte die verberberlichen Wirkungen der Vorlage an dem Beispiel des mit Ausnahme seiner Regierung wie ein Mann gegen die Stromzöllerei stehenden Sachsen, ohne aber wie Herr Wagner die Ablehnung ausschließlich auf sächsische Partikularinteressen zu bannen. Die fiskalische Seite der Schiffsabgaben nahm sich besonders Genosse Lehmann in Wiesbaden vor, der die Hahnischen Legenden über die Kanalrombde durch ein Pöbelskizität kurz und bündig widerlegte und die Art und Weise kennzeichnete, wie Herr Breitenbach ein jugelstüßtes Schippskizität sich dienstbar gemacht hat. Am Mittwoch steht u. a. das Kurpfälzergesetz auf der Tagesordnung.

Argentinisches Fleisch.

Auch die „Kölnische Zeitung“ tritt den agrarischen Verlegenheitsausreden, mit denen die Regierungsvertreter sich in der Fleischnotdebatte aus der Affäre zu ziehen suchten, mit Tatsachen entgegen. Das nationalliberale Blatt schreibt am 28. November 1910:

„Anderwärts wird es, wenn man an den schroffen Widerstand denkt, den der Staatssekretär des Innern den Mün-

chen entgegensetzt, die auf eine Einfuhr von gefrorenem Fleisch zielen. Hier wird nicht gesagt, was nicht durch die Erfahrung anderer Länder längst widerlegt ist, die Einfuhr gefrorenen Fleisches wäre wirklich nicht der Sprung ins Dunkle, als den ihn die Regierungsvertreter gekennzeichnet haben. England führt jährlich mehr als 100.000 gefrorene Hammel und bedeutende Mengen gefrorenen Rindfleisches ein. In England ist das gefrorene Fleisch eins der wichtigsten Nahrungsmittel der Arbeiterschaft, die dadurch ihren Fleischbedarf um mehr als die Hälfte billiger befriedigen kann als die deutsche. Es liegt aber nicht der leiseste Anlaß vor, anzunehmen, daß die englische Regierung weniger auf die Gesundheit ihrer Volksgenossen bedacht sei, als die unsrige. Und nachdem Österreich einen Versuch mit argentinischem Fleisch gemacht hat, der als durchaus glücklich zu bezeichnen ist, und die Argentinier eingewilligt haben, ihre Ausfuhr jeder tierärztlichen Prüfung zu unterwerfen, ist der deutschen Regierung jeder Vorwand genommen, der zeitweiligen Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und damit der Möglichkeit der Einfuhr geistigen Widerstand entgegenzusetzen, und als Grund ihrer Weigerung etwas anderes anzugeben als das Dienern vor dem Agrarinteresse.“

Alkoholboykott in Armee und Marine.

Wilhelm II. soll eine Kabinettsordre an die Offiziere der Armee erlassen haben, worin die Erwartung ausgesprochen ist, daß das Offizierkorps die Mannschaften der Armee im Kampfe gegen die Trinkunfluten und den Alkoholmißbrauch mit gutem Beispiel unterstützt.

Weiter wird gemeldet, daß die Gründung von Abstinentenvereinen unter Leitung der Güttempler in Kiel, Wilhelmshaven und anderen Marinestationen eine Minderung des Alkoholkonsums bewirkt habe. Der Rückgang im Alkoholverbrauch betrug danach im Jahre 1906 8 Proz., im Jahre 1907 schon 12 Proz., im Jahre 1909 19 Proz. und im Jahre 1909 sogar 30 Proz.

Mandatsniederlegung des Abg. von Oldenburgs Januschau.

Der Januschauer hat eines seiner Mandate niedergelegt, nämlich das als preußischer Landtagsabgeordneter. Angeblich ist er der Aufgabe nicht gemächlich, seine „Ideen“ sowohl im Landtag als auch im Reichstag gleichzeitig vertreten zu können. — Abg. v. Oldenburg wird also seine ganze schätzenswerte Kraft in den Dienst des Reichstages stellen, bis ihn die Wähler, hoffentlich recht bald, auch von dieser Bürde befreien.

Gegen die Einfuhr französischer Viehes in Baden.

laufen die badischen Agrarier Sturm. Ihre offizielle Vertretung, die Landwirtschaftskammer, hat sofort nach Gestattung der Einfuhr eine Statistik aufgemacht, in welcher sie nachzuweisen sucht, daß 1. die Fleischpreise in erheblicher stärkerer Maße gestiegen sind, als die Viehpreise, 2. daß im Hochsommer d. Js. die Schweinepreise stark gesunken, die Fleischpreise in den Städten aber auf ihrem alten Stande verblieben seien, 3. daß die Einfuhr französischer Viehes in Baden gar keinen Einfluß auf die Fleischpreise ausüben würde.

Diesen Argumenten tritt jetzt die Schlachthofdirektion in Karlsruhe mit zuverlässigem Beweismaterial entgegen und erklärt, „daß die amtlichen Preisnotierungen der Karlsruher Schlachthofdirektion nicht einen Schimmer von Berechtigung für die ungeheuerlichen Behauptungen der badischen Landwirtschaftskammer ergeben.“ Die Spannung zwischen dem Kilogramm Viehpreise und Schweinepreise habe betragen 1899 34, 1900 36, 1904 28, 1906 27, 1910 30 Pfg. Das sei ein durchaus normales Verhältnis. — Ferner seien (bezüglich der zweiten Behauptung) die Schweinepreise vom Sommer bis Ende dieses Jahres gesunken von 148 und 152 Pfg. auf 137 und 141 Pfg. pro Kilo, aber auch die Schweinefleischpreise seien im gleichen Zeitraum herabgegangen von 168 und 192 auf 160 bis 180 Pfg.; also um 8 bis 12 Pfg. oder im Durchschnitt um 10 Pfg. pro Kilo. Endlich zeigte sich die gute Wirkung der Einfuhr französischer Viehes in den Schlachthof Karlsruhe darin, daß 1. ein sonst unvermeidliches weiteres Steigen der Viehpreise verhindert worden ist, 2. daß infolge der vorzüglichen Qualität und der billigen Preise der französischen Wurstwaren der bereits eingetretene Wurstaufschlag zurückgenommen werden konnte, daß die Viehhändler bei den nächsten Transporten billigere Preise und die Metzgerinnung einen Wohlstand der Fleischpreise um 4 bis 5 Pfennige auf 1. Dezember in Aussicht gestellt haben.

Die Schlachthofdirektion zieht die nächstliegende beachtliche Schlussfolgerung. Soll eine größere und vor allem nachhaltige Wirkung erzielt werden, so darf die Einfuhr von Vieh aus Frankreich nicht die einzige Maßnahme bleiben, da fast sämtliche größeren Städte

Süddeutschlands Vieh dorthin beziehen und hierdurch eine Preissteigerung dieses Schlachtviehes unausbleiblich sein wird. Vor allen Dingen wird es nötig sein, im Norden Deutschlands Konzessionen zu machen und die Einfuhr von Vieh aus Dänemark und Schweden zu erleichtern durch Wegfall der Quarantäne und der Tuberkulinsimpfung. Wird diese Forderung erfüllt, so ist auch mit Bestimmtheit ein Rückgang der Fleischpreise zu erwarten.

Hansabund und Sozialdemokratie.

Auf eine Aufforderung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ an den Hansabund, klare Stellung gegen die Sozialdemokratie zu nehmen, hat der Vizepräsident des Hansabundes, Landtagsabgeordneter Dr. Steche in Leipzig eine Erklärung in Nr. 329 der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 29. November veröffentlicht, in der er eine große Zahl von scharfen offiziellen Äußerungen der Hansabundeseitung gegen die Sozialdemokratie zusammengefasst und dazu bemerkt:

„Aus den vorstehenden Tatsachen ergibt sich vollständig einwandfrei, daß der Hansabund ein unbedingter Gegner und Feind der gegenwärtigen Sozialdemokratie (nicht etwa der deutschen Arbeiterchaft) ist und daher mit der Sozialdemokratie nicht partiiieren kann. Das weiß die Sozialdemokratie auch schon lange ganz genau.“

Natürlich weiß die Sozialdemokratie, daß die Hansabündler trotz alles Geschreies gegen die Sunker erzkleronär sind, und daß darüber Klarheit im Volke und besonders in den Arbeiterkreisen, die die Hansabündler in so dummdreister Weise mit der Sozialdemokratie in Widerspruch setzen möchten, geschaffen wurde, das ist gerade das Verdienst der Sozialdemokratie.

Eine dementierte Kaiserrede.

Der „Vorwärts“ brachte in seiner Nummer vom 27. November einen Leitartikel, in dem auch darauf Bezug genommen wird, daß der Kaiser bei Vereidigung der Rekruten in Potsdam die Auslassung gebraucht habe, „daß es für den Soldaten einen Konflikt zwischen Pflicht und Gewissen nicht geben könne.“ Hinzugefügt war, daß dies bedenklich an das einstige Wort vom Schießen auf Vater und Mutter erinnere.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt nun am Dienstag an der Spitze des Blattes eine amtliche Erklärung:

„Die über den Wortlaut dieser Ansprache verbreiteten Angaben sind falsch. Insbesondere hat sie einen Satz des Inhalts, es könne für den Soldaten keinen Konflikt zwischen Pflicht und Gewissen geben, nicht enthalten. Den kritischen Betrachtungen über diese militärische Ansprache fehlt mithin jeder Boden.“

Was der Kaiser nun eigentlich in Potsdam gesagt hat, das verrät das Organ des Reichskanzlers mit keiner Silbe.

Die Landtagswahl in Neuchâtel.

Hat mit einem prächtigen Siege der sozialdemokratischen Partei geendet. Es wird uns dazu geschrieben:

In Gera war der alte Hoffenlottenblock in die Brüche gegangen. Den fortschrittlichen Kandidaten haben Nationalliberale, Konservative, Mittelständler, Deutschsozialisten, evangelischer Arbeiterverein und die Vereinigung der reichstreuen Textilarbeiter besondere Kandidaten entgegengestellt und zwar den sozialdemokratischen Oberbürgermeister und Geheimen Regierungsrat, einen Mittelständler und einen gelben Weber. Die fortschrittlichen markierten über diesen Bruch große Freude, daß es ihnen aber nicht so wohl dabei war, verriet der Führer der reußischen Fortschrittler, Zeichenlehrer a. D. Kallb, der erklärte: Mit radikalem Vorgehen sei nichts zu erreichen, nur durch Nachgeben. Kompromisse mit der Regierung seien das beste Mittel, dabei könne man noch immer entschieden liberal bleiben. — Nun sind sie alle herein gefallen, der schwarzblaue Block und die kompromißsüchtigen Fortschrittler.

In den 6 Wahlbezirken, in denen das Resultat bekannt ist, hat die Sozialdemokratie 5 Mandate erobert; in dem letzten Bezirk stehen wir in günstiger Stichwahl. Gegenüber den letzten Wahlen haben wir in den 6 Bezirken drei Mandate gewonnen. Gewählt sind die Genossen Fiedler, Rohmann, Bettelein, Leven, Rahnt; in Stichwahl steht Genosse Drehsler. Es erhielten im ersten Kreis Sozialdemokratie 2647, die Gegner 583, im zweiten Kreis Sozialdemokratie 2905, Gegner 502, dritten Kreis Sozialdemokratie 1372, Gegner 293, vierten Kreis Sozialdemokratie 2330, Gegner 1070, fünften Kreis Sozialdemokratie 1074, Gegner 891, sechsten Kreis Sozialdemokratie 543, Gegner 608.

Dieser Kreis ist uns in der Stichwahl sicher. Insgesamt wurden für die Sozialdemokraten abgegeben 7424 Stimmen, das sind 2000 mehr als bei der letzten Wahl. Die Fortschrittler, die Konservativen und Agrarier haben je ein Mandat verloren.

Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission setzte in der Sitzung am Dienstag die Beratung über den Abschnitt Invalidenversicherung fort. In § 1239 wurde ein Antrag unserer Genossen angenommen, der zur Folge hat, daß, wenn jemand durch Verstoß gegen die Gewarntungsordnung sich eine Invalidität zuzieht, der Anspruch auf Invalidenrente nicht ausgeschlossen wird. Bei § 1240 entwickelt sich eine längere Debatte über die Frage, ob beim Anhören der Leistungen der Krankenversicherung lückenlos die Invalidenversicherung anschließen soll. Ein solcher Beschluß ist in der ersten Lesung gefaßt, wird aber von der Regierung umso mehr bekämpft, und auch vom Zentrum wird beantragt, daß die Voraussetzung für die Gewährung der Rente auch für die Feststellung der Invalidität des Rentenempfängers sein soll, nicht aber im Sinne der Krankenversicherung die Arbeitsunfähigkeit. Denn es kann sehr leicht der Fall eintreten, daß jemand im Sinne der Krankenversicherung arbeitsunfähig ist, nicht aber invalid im Sinne der Invalidenversicherung. Die Kommission nahm indes die beantragte Änderung des Zentrums an, dagegen können unsere Genossen und die Volkspartei.

Eine Anzahl Anträge unserer Genossen wollen höhere Leistungen für die Arbeitsversicherung herbeiführen. Die Rente soll nach dem Antrag unserer Genossen ohne Aus-

nahme jeder Witwe gewährt werden, wenn der verstorbene Ehemann die Invalidenversicherung aufrecht erhalten hat. Die Vorlage will nur der Invaliden Witwe eine Rente zuerkennen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

In Verbindung damit hatten unsere Genossen beantragt, daß die Witwenrente $\frac{1}{2}$ des Jahresarbeitsverdienstes des verstorbenen Ehemannes betragen soll und in derselben Höhe die Waisenrente bemessen werden muß. Bemerkenswert war, daß von der Regierung dargelegt wurde, daß bei diesen Leistungen der jetzt durchschnittliche Wochenbeitrag von 28 Pfg. auf 60 Pfg. erhöht werden müßte. Genosse Hoch entgegnete, daß mit dieser Beitragserhöhung die Arbeiter sich gern abfinden würden, wenn die Rente die entsprechende Erhöhung erfahre. Indes ist in der Kommission keine Aussicht auf Annahme dieser Anträge, deren Erledigung vorläufig zurückgestellt wurde.

Der Widerstand gegen die Schiffsabgaben.

Wie das „Berliner Tageblatt“ von informierter österreichischer Seite erfährt, ist bisher noch keine Meinungsäußerung von Wien aus erfolgt, die den Optimismus des Reichskanzlers rechtfertigen könnte, daß es gelingen werde, Österreichs Widerstand gegen die Elbschiffsabgaben zu brechen. Die Wiener Regierung steht noch immer auf dem Standpunkt, den die Minister kürzlich vor den Delegationen vertreten haben, daß sie an der Aufrechterhaltung der durch internationale Vereinbarung garantierten Abgabefreiheit der Elbschiffahrt unbedingt festhalten müsse. Gleichzeitig kann als feststehend angenommen werden, daß auch die holländische Regierung auf keinen Fall bereit ist, auf die den Niederlanden vertraglich zustehenden Rechte zu verzichten. Holland gedenkt im Gegenteil bei den demnächst beginnenden Verhandlungen an seinem Rechtsstandpunkt mit allem Nachdruck festzuhalten.

Erprinz Hohenzollern wandtatsmüde.

Der derzeitige Vertreter des Wahlkreises Götha im Reichstage, der Erprinz von Hohenzollern, hat nach Gotha die Mitteilung gelassen, daß er mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand seiner Frau eine fernere Kandidatur zum Reichstage ablehne. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben sofort Beratungen gepflogen, wie sie wieder zu einem zugkräftigen Kandidaten kommen können. Diese Beratungen sind aber dadurch gestört worden, daß die Antisemiten in gewohnter Weise schlennt einen eigenen Kandidaten nominierten, für den auch die Christlich-Sozialen und der Bund der Landwirte eintreten wollen. Die bürgerliche Presse jammert darüber, daß durch diesen Schritt die Einigkeit auf bürgerlicher Seite zerstört worden ist, und daß damit der Wahlkreis unrettbar wieder in die Hände der Sozialdemokratie fallen werde.

In dem Wahlkreis, den seit langen Jahren unser Genosse Bock im Reichstage vertritt, hat es bisher noch gar keine Antisemiten gegeben. Die Antisemiten haben aber die Praxis, überall dort, wo sich die bürgerlichen Parteien nicht sofort einig sind, selbst einen Kandidaten aufzustellen, in der Erwartung, diesen in die Stichwahl zu bringen, in welchem Falle sie dann auf die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien rechnen. Auf diese Weise war es den Antisemiten bekanntlich gelungen, den Wahlkreis Eisenach zu erobern, den sie inzwischen an die Sozialdemokratie haben abgeben müssen. Die Liberalen wollen als gemeintamen Kandidaten den Professor Dr. Leidig-Berlin aufstellen.

Der Reichstagswahltermin.

Das „Berliner Tageblatt“ ließ am Montag mit der Meldung, die Wahlen seien erst im Januar 1912, einen Versuchsballon steigen, um den Wahltermin zu erfahren. Prompt kommt nun die „Deutsche Tageszeitung“ und schreibt:

„In der Presse wurde dieser Tage behauptet, daß man in Regierungskreisen die Absicht hege, die Neuwahlen zum Reichstage erst im Januar 1912 vornehmen zu lassen. Wie wir erfahren, hat ein solcher Plan an maßgebender Stelle niemals bestanden. Es ist beabsichtigt, die Neuwahlen in der zweiten Oktoberhälfte 1911 und die Stichwahlen im November vorzunehmen.“

Dieser Termin der Reichstagswahlen kommt den Agrariern sehr unlegen. Die „Deutsche Tageszeitung“ protestiert ganz entschieden gegen eine so frühe Ansetzung des Wahltermins. Der Monat Oktober sei für den Landmann mit die heißeste Zeit des Jahres. Wenn das Wetter nicht ausnahmsweise ganz günstig ist, hat er bis tief in den November hinein nicht nur mit der Hackfruchtente, sondern auch besonders mit der Bestellung zu tun. Da gerade der Landmann in der Regel einen weiten Weg zum Wahllokal hat, muß auf ihn besondere Rücksicht genommen werden. Das liegt nicht nur im Interesse der Landwirte selbst, sondern auch in dem der Wahlbeteiligung. Diejenigen Wahlen, welche auf eine dem Landmann günstige Zeit fielen, hatten immer eine weit stärkere Beteiligung aufzuweisen als solche, welche auf andere Zeiten festgesetzt waren.

Das Bündlerblatt erteilt dann der Regierung den Rat, den Wahltermin auf eine Zeit zu verschieben, bis zu welcher die Landwirte mit ihren Arbeiten fertig sind. — Bielefeld: Inbet der Reichskanzler einen Ausweg darin, daß er die Festsetzung des Wahltermins vertrauensvoll dem Bunde der Landwirte überläßt.

Das Ende des bayerischen Bauernbundes.

Nach Mitteilungen der Zentrumspreffe sind bereits seit mehreren Wochen Verhandlungen zwischen dem Bund der Landwirte und dem bayerischen Bauernbund im Gange, die auf eine Verschmelzung der beiden Gruppen abzielen. Der bayerische Bauernbund ist durch den Untergang der unter dem Einfluß Remmingers stehenden fränkischen Gruppe zum deutschen Bauernbund ohnehin schon geschwächt worden. Wenn sich nun der unter der Leitung des ehemals politisch ziemlich radikalen Landtagsabgeordneten Eisenberger stehende Rest dem Landwirtebund anschließt, so bedeutet dies das Ende einer Bewegung, die einstmalig dem Zentrum arg zu schaffen gemacht hat. In den Zeiten, da Mieland, Dr. Kasinger, Dr. Sigl dem bayerischen Landtag als Vertreter der Bauernbündler angehörten, hat es zwischen diesem und dem Zentrum erbitterte Kämpfe gegeben und in politischen Fragen

stimmten die Bauernbündler fast regelmäßig mit den Sozialdemokraten. Seit aber die Bündler, deren verschiedene Richtungen sich unter dem Titel einer Freien Vereinigung im Landtag zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben, unter die Führung des sozialreaktionären protestantisch-landwirtschaftlichen Abgeordneten Beck gekommen sind, ist es mit ihnen unaufhaltsam bergab gegangen. Nicht nur in allen wirtschaftlichen, sondern auch in politischen und kulturellen Fragen laufen sie mit dem Zentrum durch dick und dünn und Eisenberger, einst der schärfste Gegner des Zentrums, trat auf dem diesjährigen christlichen Bauerntag in Regensburg, der Demonstrationsversammlung der „Christlich-Bayerischen“, wie sie Dr. Sigl einst spöttisch getauft hatte, als Redner auf. Allerdings wird behauptet, daß ihm das Zentrum seinen Landtagswahlkreis für die nächsten Wahlen garantiert haben soll.

Die Zentrumspreffe ist über das ruhmlose Ende des bayerischen Bauernbundes natürlich quetschbergnütig und hebt hervor, daß beide Teile des Bundes ihre Rettung im Anschluß an „preussische Organisationen“ suchen. Jetzt gebe es nur noch eine wirklich bayerische Bauern-Organisation und das sei der (christliche) bayerische Bauernverein.

England.

Die Parlamentsauflösung. Der König unterzeichnete am Montag in der Sitzung des Geheimen Rats eine Proklamation, wodurch das Parlament aufgelöst und das neue Parlament auf den 31. Januar 1911 ernannt wird.

Amerika.

Die Kämpfe in Nordmexiko. Die mexikanischen Rebellen bei Chihuahua erhielten eine Verstärkung auf 1000 Mann und befestigten ihre Positionen. Der Führer Madera ist in Sicherheit jenseits der Grenze und leitete von dort aus die Bewegung. Zum Zwecke einer erneuten Entflammung des Aufstandes sind weitere Waffensendungen an die Rebellen aus den Vereinigten Staaten eingetroffen; sie wurden von den mexikanischen Behörden in Laredo teilweise beschlagnahmt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 30. November.

Der Bürgerausschuß verlies in seiner heutigen Sitzung den Senatsantrag betr. Neuregelung des Armenwesens einer fünfgliedrigen Kommission, die jedoch erst nach der halb-jährlichen Erneuerung des Bürgerausschusses gewählt werden soll. Angenommen wurde der Senatsantrag betr. die Wasserversorgung der Arbeiterkolonie Rücknig.

Über die Fortsetzung und das Ende der Beratung der Gewerbesteuerentwurf im Bürgerausschuß ist nunmehr das amtliche Protokoll erschienen. Wir entnehmen demselben: Zu § 7 beantragte Schwabroch, den zweiten Absatz folgendermaßen abzuändern: „Von Betrieben, deren jährlicher Ertrag 3000 Mark nicht übersteigt, wird die Steuer nicht erhoben“, sowie dem dritten Absatz folgende abgeänderte Fassung zu geben: „Von Betrieben, deren jährlicher Ertrag mehr als 3000 Mk., aber nicht mehr als 4000 Mk. beträgt, werden 0,65 v. H., aber nicht mehr als 4000 Mk., aber nicht mehr als 5000 Mk. beträgt, werden 0,80 v. H. usw. erhoben.“ Fehling beantragte, dem dritten Absatz des § 7 folgende Fassung zu geben: „Die Gewerbesteuer ist für Betriebe, deren jährlicher Ertrag beträgt: mehr als 3000 Mk., aber nicht mehr als 10000 Mk., gleich 1 Einheitsatz, mehr als 10000 Mk., aber nicht mehr als 15000 Mk., gleich 1,1 Einheitsatz, mehr als 15000 Mk., aber nicht mehr als 20000 Mk., gleich 1,2 Einheitsatz, mehr als 20000 Mk., aber nicht mehr als 25000 Mk., gleich 1,3 Einheitsatz, mehr als 25000 Mk., aber nicht mehr als 30000 Mk., gleich 1,4 Einheitsatz, mehr als 30000 Mk. = 1,5 Einheitsatz der Einkommensteuer für ein der Ertragsziffer gleichkommendes steuerpflichtiges Einkommen.“ Dr. G. Meyer beantragte für den Fall der Ablehnung des Antrages Fehling: „Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, die Sätze des § 7 erneut zu prüfen, insbesondere unter Beachtung des Antrages von Fehling zum dritten Absatz des § 7.“ Der Bürgerausschuß stimmte zunächst über den ersten Teil des Antrages Schwabroch ab und nahm diesen, der die Steuerpflicht erst bei einem jährlichen Ertrage von über 3000 Mark eintreten lassen will, einstimmig an. Der Antrag Fehling wurde abgelehnt. Der zweite Teil des Antrages Schwabroch wurde angenommen. Das von Dr. G. Meyer beantragte Ersuchen beschloß der Bürgerausschuß, dem Senate entgegenzubringen. Fehling stellte den Antrag, den vierten Absatz des § 7 (die Konsumvereine betreffend) zu streichen. Denselben Antrag stellten Bruns und B. Pape. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der von Dr. Fiehl als Kommissionsminderheit gestellte Antrag, dem § 7 am Schlusse folgenden neuen Absatz hinzuzufügen: „Die Steuerbehörde kann mit Genehmigung des Senates für einzelne Betriebe für die Besteuerung nach den Vorschriften dieses Gesetzes nachgewiesenermaßen eine steuerliche Überbürdung zur Folge haben würde oder aus sonstigen Gründen nicht angebracht erscheint, Vereinbarungen mit dem Steuerpflichtigen über die Höhe der Gewerbesteuer treffen“, wurde abgelehnt. Zu den §§ 10 und 11 legte der Wortführer eine an den Bürgerausschuß gerichtete Eingabe des Vorstandes des Lübeckischen Deutlichen Arbeitervereins vor, in welcher gebeten wird, der vom Senate beantragten Warenhaussteuer zuzustimmen. Die Eingabe wurde verlesen. Dem § 10 beantragte Fehling als letzten Absatz hinzuzufügen: „Auf die Filialsteuer wird die auf den entsprechenden Zeitraum entfallende Einkommensteuer angerechnet.“ Dieser Antrag wurde angenommen. Den § 11 beantragte Fehling zu streichen. Der Antrag wurde angenommen. Der Wortführer stellte fest, daß infolge der Annahme dieses Antrages im zweiten Absatz des § 5, sowie überall im Gesetze das Wort „Warenhaussteuer“ zu streichen sei. Zu § 29 beantragte Fehling, im zweiten Absatz den zweiten Satz „Für die Erfüllung der nach diesem Gesetze dem Steuerpflichtigen obliegenden Verpflichtungen haften die Teilnehmer (Gesellschafter) als Gesamtschuldner“ zu streichen. Dieser Antrag wurde angenommen. Zu § 29 beantragte Fehling, den zweiten Absatz zu streichen. Der Antrag wurde abgelehnt. Zu § 30 beantragte Bahn, Ratt, mit dem 1. April 1910 zu setzen; mit dem 1. April 1911“. Der Antrag wurde angenommen. Der von Dr. Fiehl als Kommissionsminderheit gestellte Antrag: „Als § 31 ist hinzuzufügen: Dieses Gesetz ist spätestens im Jahre 1914 einer Revision zu unterziehen“ wurde angenommen. Der Wortführer stellte fest, daß die am 23. d. M. mit 13 gegen 18 Stimmen gelesene Ablehnung des vom Senate vorgelegten Gewerbesteuerentwurfes erfolgt sei, weil einige der gegen die Vorlage stimmenden Mitglieder des Bürgerausschusses jede Sondersteuer ablehnten, andere die objektive Grundlage des Steuergesetzes mißbilligten, und daß die vom Bürgerausschuß bei der Einzelberatung gefaßten Beschlüsse nur eventuelle Bedeutung hätten. — Es wurde hierauf der vom Senate bean-

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 29. November 1910.

89. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Von Bundesratsseite: v. Breitenbach, Delbrück

Schiffahrtsabgaben.

Die erste Lesung der Schiffahrtsabgaben wird fortgesetzt.

Zehnter (Z.) spricht sich grundsätzlich für die Vorlage aus, wünscht aber bessere Berücksichtigung der baltischen Interessen.

Dr. Wagner, Sachsen (R.) spricht sich namens der sächsischen Konservativen gegen die Vorlage aus. In Sachsen sind Landwirtschaft und Industrie, erste und zweite Kammer, alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken gegen die Schiffahrtsabgaben. Man kann geradezu von einem

sächsischen Gesamtblock gegen die Schiffahrtsabgaben

(Zuruf: Gegen die sächsische Regierung!) sprechen. Korfanty (Vole) äußert schwere Bedenken gegen die Vorlage.

Stolle (SD.): Wir haben bei den Schiffahrtsabgaben mit einer

neuen agrarischen Liebesgabe

zu tun. Dem Reichstage wird zugemutet, sich dem Willen des preussischen Junkerparlamentes zu beugen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Interessenten, sagt man, sollen die Kosten für die Instandhaltung der Flüsse aufbringen. Also trotz neuen Steuern hat die Regierung

kein Geld für Kulturzwecke übrig.

Durch die Belastung des Flußverkehrs werden Handel und Industrie geschädigt zugunsten des preussischen Eisenbahnnetzes. Die sächsischen Industrien haben das allergrößte Interesse an der Abgabefreiheit der Flüsse. Dasselbe Interesse hat aber auch die in Sachsen überwiegende

an billigen Futtermitteln interessierte kleine Landwirtschaft.

Der preussische Eisenbahnminister bezeichnet die Verteuerung als belanglos. Aber eine einzige sächsische Cellulosefabrik muß 18 000 Mk. Schiffahrtsabgaben zahlen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Kleinschiffahrt hat an der Verteuerung der Elbe, die für die Landwirtschaft geradezu verhängnisvoll werden kann, gar kein Interesse, ein um so größeres Interesse an der Nichtverteuerung der Frachten. In letzter Linie werden wieder in unerhörter Weise dem schwerbelasteten arbeitenden Volke die Kosten der Schiffahrtsabgaben aufgeschult. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wundersoll es mich, ob sich das Ansehen, namentlich Österreich, dessen Schiffahrt sich verzehnfacht hat, die Aufhebung der Abgabefreiheit der Ströme gefallen lassen wird. Wir können uns nicht mit der Zustimmung des Reichstages begnügen, daß, wenn nur erst dieses Gesetz verabschiedet ist, man mit dem Auslande sich schon einigen werde. Wir müssen verlangen, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hier uns über den Stand der Verhandlungen mit Österreich und Holland Auskunft gibt. Hat etwa Deutschland der bosnischen Annexion gegen das Zugeständnis der Schiffahrtsabgaben zugestimmt? Dann, vermute ich, werden auch die deutschen Abgeordneten in Österreich Front machen gegen die Regierung. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Junck (M.): Es bleibt abzuwarten, ob wirklich im Reichstage eine große Mehrheit für die Schiffahrtsabgaben sich finden wird. Man sollte mindestens die Begründung der Vorlage an die Regierung zurückverweisen. Etwas ist nur, daß man wenigstens jetzt zur Einsicht gelangt ist, daß eine Verfassungsänderung zur Einführung von Schiffahrtsabgaben nötig ist. Gegenüber den Zusicherungen im Entwurf ist Vorsicht geboten. Die Strombauverbände sind als Genossenschaft m. b. H. gedacht, sowohl mit beschränkter Haftung. (Heiterkeit.) Die Zustimmung Österreichs und Hollands scheint man erkaufen zu wollen durch

Konzessionen zugunsten der deutschen Schiffahrt. Es darf aber nicht in die Hände der Reichsregierung gelegt werden, wann und wo sie die Abgaben zuerst einführen will. (Bravo! links)

Haußmann (Vot.): Der Entwurf ist in der vorliegenden Gestalt sehr verbesserungsbedürftig, er ist aber auch

verbesserungsfähig.

Nur allzulange ist die Regulierung der deutschen Ströme vernachlässigt worden. Dringend geboten ist auch die Kanalisierung der Mosel und Saar, die nicht im einseitigen Interesse preussischer Industriegebiete abgelehnt werden soll. Es ist schlimm, daß man zur Erreichung des volkswirtschaftlichen Zieles der Stromregulierung zu einem volkswirtschaftlichen Mittel greift. Ein Gutachten des Reichsjuristenamtes hat anerkannt, daß Preußen mit dem § 19 seines Kanalgesetzes die Reichsverfassung verletzt hat. Wohl aber ist zuzugestehen, daß in dem Geleise der fiskalische Grundgedanke vorüberwiegend und der Viktorisation in den Vordergrund getreten ist. Auf diese Weise werden die

Abgaben produktiv.

Preußen hat sich häufig schon in seiner Verkehrspolitik weit-schauender gezeigt, als die andern deutschen Staaten, und so hoffe ich, daß seine Gesamtintention für die national-ökonomische Entwicklung fruchtbar gemacht werden kann.

Preussischer Eisenbahnminister von Breitenbach weist zunächst einige Einwände des Abgeordneten Zehnter zurück, polemisiert gegen die Abg. Dr. Wagner und Stolle, beruft sich gegenüber dem letzteren auf einen Artikel Schippels in den sozialistischen Monatsheften. Wöllig unzutreffend sei die Behauptung Stollens, daß die Schiffahrtsabgaben die Konkurrenzfähigkeit der Eisenbahnen zu beeinträchtigen bestimmet seien. Die Befürchtungen des Abg. Junck, daß die Strombeiträge fiskalische Interessen vertreten werden, sei gegenstandslos. Gegenüber dem Abg. Haußmann bemerkt der Redner, es lasse sich nichts dagegen einwenden, daß die größten preussischen Industriezentren ihre Bedenken gegen die Mosel- und Saarregulierung geltend gemacht haben und daß die Regierung diesen Bedenken Rechnung trägt. (Bravo! rechts.)

Gerstenberger (Z.): Dr. Junck beschwert sich über die Geltendmachung preussischer Interessen, stellt aber seinerseits die sächsischen Interessen in den Vordergrund. Wir Bayern sind grundsätzlich für die Heranziehung der Interessenten zu den Kosten der Stromregulierung, man kann uns aber nicht verdenken, daß wir uns nebenbei freuen, wenn bei dieser Gelegenheit Vorteile für unsere Mainregulierung abfallen. Die Säge sind wahrhaftig so niedrig, daß von einer Lebensmittel- und sonstigen Verteuerung nicht gesprochen werden kann. Als fluge Kaufleute werden die Holländer die Vorteile der Redar- und Mainregulierung zu schätzen wissen und lieber die geringen Kosten der Abgaben mit in den Kauf nehmen.

Dr. Sahn (R.): Preußen ist in der allerloyalsten Weise, wie ja auch die einstimmige Annahme der Vorlage im Bundesrat zeigt, vorgegangen. Um agrarische Interessen handelt es sich bei den Schiffahrtsabgaben ebenso wenig wie bei dem Kampfe um den Mittellandkanal, gegen dessen vollen Ausbau die Agrarier im Interesse der baltischen Industrie waren. Die Agrarier haben das wahre Interesse der Industriellen oft besser erkannt und vertreten als die Industriellen selbst. Man sollte dem preussischen Abgeordnetenhaus dankbar sein, daß es den Anstoß gegeben hat, den § 54 der Reichsverfassung im Sinne der modernen Verkehrsentwicklung zu interpretieren. (Bravo! rechts.)

Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Wir lehnen einstimmig den Entwurf ab. Im baltischen Landtag waren früher alle Parteien gegen die Schiffahrtsabgaben, jetzt ist freilich eine Wandlung eingetreten. Die Vorlage ist eine reine Steuer-vorlage, nur daß die Einnahmen für bestimmte Zwecke verwendet werden sollen. Aber

für den Ausbau der Wasserstraßen werden die vorgeschlagenen Sätze nicht ausreichen,

obwohl sie keineswegs so niedrig sind, wie behauptet wird. Mein Parteifreund Schippel ist ein Einspänner, der manche

von der Fraktion abweichenden Anschauungen hegt; jedoch hat der Minister in seinem Zitat da abgebrochen, wo Schippel seinen Standpunkt abschwächt.

Wie kann Herr Sahn leugnen wollen, daß die preussischen Agrarier den Mittellandkanal zu Fall gebracht haben. Hat er

das Wort Pöbelskiss vom Kanal?

vergessen? (Heiterk. und Sehr gut! b. d. Soz.) Die Kleinbetriebe werden durch die Vorlage noch mehr ausgeschaltet werden. Die Erhöhung der Frachtsätze der Eisenbahn wird der Erhöhung der Schifffrachtsätze folgen. Der eigentliche Zweck der Vorlage ist die fiskalische Absicht der Erhöhung der indirekten Steuern. Auch die Freunde der Vorlage müßten sie ablehnen, bevor nicht nachgewiesen wird, daß Holland und Österreich den Abgaben zustimmen. Ohne vorherige Verträge mit Österreich und Holland kann die Vorlage ja gar nicht wirksam werden. Wir lehnen die Vorlage ab und wünschen auch keine Kommissionsberatung. (Bravo! b. d. Soz.)

Wegeler (M.): Hoffentlich werden auch die Gegner in der Kommission an der Verbesserung der Vorlage mitarbeiten, so daß sie schließlich doch noch mit großer Mehrheit zur Annahme kommt.

Günther (Fortsehr. Vp.) wendet sich gegen den Gesetzentwurf. Der im allgemeinen Interesse liegende Ausbau der Wasserstraßen muß aus allgemeinen Mitteln erfolgen. Redner wendet sich gegen den Gedanken einer preussisch-sächsischen Eisenbahngemeinschaft.

Nach Annahme eines Schlußantrags und nach Verweigerung des Entwurfs an eine Kommission von 28 Mitgliedern vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Banknotengesetz, Kurpfuschereigesetz. Schluß 7 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Gemeinsame Lohnbewegung der Bergarbeiter. Der Bergarbeiterverband in Bochum hat unterm 17. November an die übrigen Organisationen der Bergarbeiter Anfragen gerichtet, ob sie geneigt seien, über eine gemeinsame Bewegung zwecks Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Erreichung angemessener Löhne in Verhandlungen zu treten. Die polnische Berufsvereinigung und der Gewerksverein der Hirsch-Dunkerler sagte ohne weiteres zu; der christliche Gewerksverein lehnte ab. Er will allein vorgehen. Charakteristisch an der Sache ist besonders, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ den Rechtfertigungsversuch für dieses neueste nicht solidarische christliche Handeln in ihrer Dienstag-Nummer bereits bringt. Ungeachtet der Ablehnung des christlichen Gewerksvereins werden die übrigen drei Verbandsvorstände Mittwoch eine gemeinsame Beratung abhalten.

Bergarbeiterstreik. Seit Montag früh streifen die Bergarbeiter auf der Zeche „Lucas“ bei Dortmund. Es kommen zirka 600 Mann in Frage. Die Ursache des Streiks ist in den außerordentlich schlimmen Zuständen zu suchen, die auf der Zeche „Lucas“ herrschen. In der Bergarbeiterversammlung, die den Streik beschloß, führten Bergarbeiter, die früher auf Zeche Raddob gearbeitet hatten, aus, daß die Zustände auf Raddob sehr schlimm gewesen seien, aber auf Zeche „Lucas“ seien sie noch schlimmer. Es seien zahlreiche schlagende Wetter vorhanden, die Hohlräume stünden voll Wetter. Auch über den Kohlenraub sei zu klagen und die mangelhafte Verinselung. Wenn es auf „Lucas“ einmal zu einer Explosion komme, dann klappe die Grube zusammen, wie ein Kartenhaus. Der Holzmiangel sei sehr groß; die Behandlung äußerst schlecht und der versprochene Lohn werde nicht ausbezahlt. Außerdem herrsche ein rigoroses Strafsystem. Am letzten Samstag sind allein 125 Mann mit je 2 Mk. Strafe belegt worden. In einem andern Tag wurden 350 Mann bestraft. Die Versammlung der Bergarbeiter wählte eine Kommission, die der Direktion folgende Forderungen vorzutragen hat: Abschaffung des Holzmiangels, Polsterlieferung bis vor dem Bremswerk, Besserung der Wetterführung, Verdrichtung der Wetterkörbe, Antieilung

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(3. Fortsetzung.)

„Was?“ rief der Burgherr, indem er graugelb vor Zorn und Ärger wurde und heftig mit dem Stocke gegen die Wand stieß — „was? was soll mich schänden, Herr Gelschnabel? Meinem Sie, daß ich selber hängen und köpfen wil? Meinem Sie —“ aber seine Rede wurde durch den Eintritt zweier Damen, Fräulein Agathe, seine Schwester, und Fräulein Rosamunde, seine Tochter, unterbrochen.

Fräulein Rosamunde, welche siebzehn Jahre zählte, war rot und frisch wie eine Erdbeere; Fräulein Agathe dagegen war eher einer schrumpeligen Zwetsche vergleichbar. Sie war fast so mager, wie ihr Bruder, hatte durch einen Unglücksfall ein Auge verloren, und spitzte fast immer die Lippen, um so die Vermählung zu verbergen, welche Alter und anderes Glend in ihrem Zahnwerk angerichtet hatten. Abtrübselt sah sie recht wacker aus, denn sie trug ein schönes, buntes, seidenes Gewand, einen aus vielen Spitzen und Bändern gefertigten Haarpuz, weiße Handschuhe und weiße Schuhe, und auf ihrer Brust bligte der Ordensstern, und um ihre Schultern hing das Ordensband der Dobberiger Kloster-damen.

„Wir haben Sie längst erwartet,“ sagte sie. „Aber ich finde es verzeihlich, wenn ein junger Kavaliere das Leben und Treiben der Höfe und der Hauptstädte einer ländlichen Solitude vorzieht, sollten seiner auch dort Liebe und zärtliche Verwandte warten. Ich bin ihre Tante Agathe; dies ist Ihre Kusine, Fräulein Rosamunde.“

Eugen begrüßte die beiden Damen und reichte der Kusine die Hand. Die Tante machte insofern ein etwas verdrießliches Gesicht, doch sagte sie sich rasch, streifte großzügig den Handschuh von ihrer Rechten und hielt dieselbe dem Neffen zum Kusse. Leider verstand jedoch dieser den Wink nicht, und die Tante, nachdem sie eine geraume Zeit gewartet, setzte sich, den Mund noch spitzer wie gewöhnlich zulehnd und hin und wieder mit dem Kopfe wackelnd, auf ein mit harten Polstern belegtes Holzgestell, welches sie eine Ottomane nannte, und schaute mit dem einen Auge möglichst hier ins Blaue.

„Sie leben hier wohl ziemlich einsam, liebe Tante,“ sagte jetzt Eugen und zog sich einen Stuhl an die Seite der

Kusine, welche sich auch auf die Ottomane gesetzt hatte. „Ich wüßte dies gerade nicht,“ erwiderte die Angeredete, indem sie ihren Handschuh wieder anzog, „es suchen öfters sehr gewiegte Kavaliere dieses Schloß heim, und ich finde dies auch erklärlich,“ fügte sie mit einem Blick auf ihre Fingerspitzen hinzu.

„Gemiegte Kavaliere?“ rief der Burgherr, ja, proßt die Mahlkheit! Die nächsten anständigen Menschen wohnen zwei, drei Meilen entfernt!“

„Ich weiß nicht, was Du wieder redest, Hans,“ sprach gereizt die Tante.

„Ich will Ihnen nur sagen Neffe,“ rief der Burgherr, „daß Ihnen hier hin und wieder ein fränkiger, glatthaariger Mensch begegnen wird, der sich Baron schelten läßt und Kammerherr. Ein Kerl, sage ich Ihnen, wie ein alter Nachtsack.“ — „Gerechter Gott!“ sagte die Tante. „Ein Kerl,“ fuhr der Burgherr fort, „der mit Krei und Weli auf Krügen und Landsträßen Karten spielt. Ein Kerl, so schmierig, wie nur irgend ein Baron vom Pfefferlack sein kann. Ein Kerl, der, wie der alte Graf auf Honsbüttel, mit den Dreschern um einen Pott Brantwein lost.“

„Ich begreife nicht, Hans, wie Du so etwas reden kannst; wie Du es über Dich vermagst, einen abwesenden Standesgenossen derartig zu beschimpfen!“ entgegnete Fräulein Agathe mit vor Zorn zitternder Stimme, indem sie sich heftig erhob und ihr Tuch fester um die Schultern zog. Herr Neveu, ich behauere, daß diesem Hause, durch den schlechten Humor meines Bruders, heute ein Unglücksstern, sozusagen ein Komet, bräwend und feurig leuchtet.“

„Kalendergewäch!“ rief der Burgherr und ging hinaus.

„Es ist wahr,“ sagte das Fräulein, nachdem sie eine geraume Zeit über die Worte des Bruders geleust hatte, „die Gesellschaft ist hier nur dünne gesetzt. Auf den naheliegenden Gütern wohnt nur Bourgeoisie, entweder ganz ordinäre oder neuerdings nobilitierte. Und ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, daß sich die hiesige Bourgeoisie ebenso durch ammaßliche Robet und Unwissenheit auszeichnet, wie sie dies leider aller Orten tut. Sie hat unter anderem jetzt die grenzenlose insolence, die Aufnahme ihrer Töchter in unsere ehrwürdigen Stifter zu fordern. Es ist fast unglücklich. — Aber in dem Herrn von Mierendorf werden sie einen vollkommenen Kavaliere kennen lernen. Toujours galanhomme! Er lebte früher in Paris. Er macht die hübschesten Besuche

und die geistreichsten Calemdourgs. Er singt, er spielt. Es ist ohne Frage eine glänzende und glückliche Akquisition für die hiesige Gesellschaft, daß er hierher gezogen. Mein Bruder ist zuweilen launisch und wunderlich. Ich werde dafür sorgen, daß Sie nächstens den Herrn Baron kennen lernen.“

„Ich kenne ihn bereits, liebe Tante.“

„Sie kennen ihn bereits? Wie, von früher von der Schweiz her? Ich wußte nicht, daß der Baron dort war. Aber freilich, wo war der nicht!“

„Auf meiner Reise sah ich ihn eine Meile von hier in einem Landwege, wo er Karten spielen wollte.“

„So?“ sagte die Tante sichtlich verlegen, „ja, der Baron hat bei all seinem Oberleuten und seinem bon-ton einen starken Anflug von Humor, und deshalb mag er zuweilen an Orten verkehren, die, genau genommen, der Fuß eines Edelmannes nicht betreten sollte. Nichtsdestoweniger ist aber Herr von Mierendorf der Urtypus eines Kavaliere. Nicht so, Rosa?“

Bei der Herauspreisung den Barons hatte Rosamunde ihre etwas schläfrigen Augen ein wenig weiter geöffnet und ein leichtes Zucken umspielte ihre Mundwinkel. „Jetzt sagte sie langsam: „Sie mögen recht haben, Tante, aber es läßt sich doch nicht ablenken, daß der Baron gar oft ein wenig stark nach Tabak und nach Schnaps riecht.“

„Herr des Lebens!“ rief Fräulein Agathe, „was müssen meine Ohren vernehmen. Wie magst Du es vor Dir und gegen den lieben Gott und den Baron verantworten, solche Worte auszusprechen!“

„Welche Worte?“

„Und Du fragst noch? Sagt's eine innere Stimme Dir nicht? Das garstige Wort, welches ein Getränk des Pöbels bedeutet, und monach, Deiner Beschuldigung zufolge, Herr von Mierendorf trinken soll. — Ich behaupte jedoch, daß solche unreine Dinge nie über seine Lippen kommen.“

„Tante! Tante!“ sagte Rosamunde.

„Du bist ein naives Ding!“ rief das sich zornig erhebende Klosterfräulein und schritt zur Tür hinaus.

„Es scheint, Cousinen, daß Sie die Tante erzürnt haben,“ sagte Eugen lachend.

„Sie ist ganz erschrecklich in den alten Baron verliebt,“ flüsterte diese gähnend.

(Fortsetzung folgt.)

von qualifizierten Fördermaschinen, Auszahlung des versprochenen Lohnes, Anhörung der in diesem Monat verhängten Strafen, Abstellung der Unregelmäßigkeit bei der Seifahrt usw. Die Kommission soll, wenn die Vorstellung bei der Direktion erfolglos bleibt, das Vergamt als Einigungsamt anrufen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes beschloß in einer Dienstag früh abgehaltenen Sitzung, daß der Streik auf Zeche-Lucas streng zu lokalisieren sei.

Streik in der Brauerei von Sommer in Blaue i. B. Wie wir schon berichteten, maßregelte die Firma zwei Mitglieder der Tarifkommission, und sie versuchte auch auf die übrigen Arbeiter einzuwirken, daß sie aus der Organisation der Brauereiarbeiter austreten sollen. Als die Betriebsleitung kein Glück damit hatte, wurden weitere sechs Arbeiter gemäßigert. Montag, den 28. November, beantworteten die organisierten Arbeiter des Betriebes diese Maßregelung mit der Arbeitseinstellung. Zugang ist fernzuhalten.

Der Kohlenarbeiterstreik in Mannheim in der Syndikatsfreien Kohlenvereinigung ist mit einem Teilerfolg für die Arbeiter beendet worden. Erzielt wurde eine Lohnzulage von durchschnittlich 2 Mk. pro Woche.

Sozialdemokratische Agitationsmoral. Einen Brief des Gauleiters Ahrens aus Köln vom Verband der Bauhilfsarbeiter beruht die Zentrumspreffe, um die „sozialdemokratische Agitationsmoral“ zu beleuchten. Ahrens, der damals Gauleiter für Rheinland-Westfalen war, hat im April 1904 an einen Verbandskollegen mit Namen Jakob Wilkin, der in Düren die Agitation besorgte, einen Brief geschrieben, worin er diesem Ratsschläger für seine Werbetätigkeit gibt. In dem Briefe kommt die Wendung vor: „Wir müssen schlicht wie die Nacht sein!“ Es wird Wilkin geraten, die Hilfsarbeiter Dürens darauf hinzuweisen, daß die Maurer im christlichen Bauhandwerkerverband seien und sich um die Hilfsarbeiter nicht kümmern; dann würden sich die Hilfsarbeiter dem Bauhilfsarbeiterverband anschließen. Zur Erlangung von Versammlungsorten solle Wilkin die Wirte in den Gauen versehen, als handle es sich um einen christlichen Verband. Diesen Brief, der allerdings kein Meisterstück ist, bringt jetzt, nach sechseinhalb Jahren, die Zentrumspreffe heraus. Der Brief ist die Antwort auf ein Schreiben des Wilkin, der mitgeteilt hatte, wie ihn die Christlichen fortwährend aus der Arbeit brächten. Wilkin fragte: „Ist das nicht gemein; sie wissen doch, daß ich ein halber Krüppel bin!“ Weiter gingen die Christlichen zu den Wirten, machten ihn schlecht und trieben dem Verband die Lofale ab. „Was soll ich gegen diese christliche Spitzbuben-taktik machen,“ schrieb damals Wilkin. Und der Ahrensche Brief war die Antwort. Was Ahrens geschrieben hat, war der Aufruf der Entrüstung über die schändliche Kampfmethode der Christlichen und über die Malträtierung des Wilkin, des nömlichen Mannes, der jetzt seinen damaligen Reingern das Schreiben ausgeliefert hat. Es ist Ahrens, der den Brief in äußerster berückelnder Anfringung und empört über die „christliche“ Kampfmethode schrieb, nie eingelassen, im Ernst die Unmoral zum Agitationsgrundgesetz zu machen. Niemand, der Gelegenheit hatte, ihn in den letzten sechs Jahren zu beobachten, wird ihm das Zeugnis verlagern, daß er stets anständig und einwandfrei sich in der Agitation betätigt. Der Rat galt für den Krieg mit einem niederrächtigen Gegner. Ahrens kann mit demselben Recht, wie der selige Windthorst verlangen, daß man den ominösen Satz nicht buchstäblich nehme; Windthorst hat für sich das Recht in Anspruch genommen, seinen Ausspruch: „Da haben wir uns mit Gottes Hilfe wieder mal glücklich durchgelogen!“ harmlos zu deuten.

Streikversicherung der Unternehmerverbände. Nach einer statistischen Zusammenstellung im „Reichs-Arbeitsblatt“ sind im Jahre 1910 von 115 095 Mitgliedern der Unternehmerverbände, die 3 854 680 Arbeiter beschäftigen, 27 100 Mitglieder mit 1 952 480 beschäftigten Arbeitern gegen Streiksicheren versichert. 27 Reichs-, 51 Landes- und Bezirks- und 129 Ortsverbände gewähren eine Geldentschädigung. Nur bei Streik zahlen 18 Verbände, nur bei Ausperrungen 3 Verbände, in beiden Fällen 124 Verbände Streikentschädigung. Die Entschädigung wird nach freiem Ermessen von 87 Verbänden, nach festen Grundätzen von 58 Vereinen gezahlt. Die Textilindustrie figurirt bei dieser Aufstellung mit 48 Verbänden an erster Stelle, ihr folgt das Baugewerbe mit 45 Verbänden.

Schwerbegerichtswahl in München. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gewerbegeichtswahl der Arbeitnehmervertreter in München haben die freien Gewerkschaften ein sehr günstiges Resultat erzielt. Abgegeben wurden insgesamt 19778 Stimmen, davon entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 16 782 (Zunahme 1909) und auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 2994 (Zunahme 106). Die freien Gewerkschaften erhalten 51 Beisitzer, die christlichen 9. Die freien Gewerkschaften haben einen Beisitzer gewonnen, die christlichen einen verloren.

Ein Mordstreik. Vor zwei Monaten fand in Havre (Frankreich) ein Kohlenarbeiterstreik statt. Während des Streiks kam es zwischen einem Streikbrecher und mehreren Streikenden zu einer Schlägerei, an deren Folgen der Streikbrecher starb. In Wirklichkeit handelte es sich bei dem bedauerlichen Vorfall um einen Streik von Trauerbalden. Der Streikbrecher hatte an dem Unglückstage, wie schon oft, statt zu arbeiten in den Wirtschaftshäusern herumgelaufen. Dabei traf er mit Streikenden zusammen, und alle tranken friedlich weiter. Sie waren schließlich so angetrunken, daß sie aus den Wirtschaftshäusern ausgewiesen wurden. Auf der Straße kam es dann zum Streit zwischen den Betrunknen. Der Streikbrecher, namens Donge, zog einen Revolver, worauf die andern, die unbewaffnet waren, über ihn herfielen und ihn derart verprügelten, daß Donge bald darauf seinen Verletzungen erlag. Unter normalen Umständen würde man dem traurigen Vorfall weiter keine Bedeutung geschenkt haben, und die Überläuter würden, schon mit Rücksicht darauf, daß Donge, ein abel belehnter Mensch, werft mit dem Revolver drohte und alle Beteiligten bis zur Bewußtlosigkeit betrunken waren, mit einer gelinden Gefängnisstrafe davongekommen sein. Da es sich jedoch um eine Schlägerei zwischen Streikenden und Streikbrechern handelte, wurde eine große Staatsaktion daraus gemacht. Der Direktor der Receterie, bei der Donge beschäftigt war, brachte mehrere Streikende vor den Untersuchungsrichter, die behaupteten, daß in einer von etwa 500 Personen besetzten Versammlung der Streikenden auf Antrag des Secretärs des Capitais, Durand, der Tod Dongs beschlossen worden sei! In der Untersuchung sagte Durand zu Jura, die als Streikende alten Bekannten beigegeben hatten, übereinstimmend aus, daß weder vor Durand noch von einem andern je ein solcher Antrag eingbracht und auch nie etwas Ähnliches beschlossen worden sei. Dagegen wurde gegen Durand, sowie gegen die Kapitäne und den zweiten Secretär des Capitais die Vorlage auf moralische Mißhandlung erhoben. In der dreitägigen Verhandlung behaupteten alle Jungs Durand das beste Zeugnis zu geben. Durand, ein intelligentes Individuum, gab an, daß es ihm unmöglich war, es auch nur dem geringsten Angehörigen von Jura bekannt zu machen. Er

zeichnend für Durand ist die Tatsache, daß auf seine Veranlassung die organisierten Kohlenarbeiter die Kohlen des städtischen Spitals von Havre gratis abladen. Die Belastungszeugen verwickelten sich dagegen in die größten Widersprüche. Aus Mangel an Mitteln konnte die Vertretung nur einen Teil der Entlastungszeugen laden lassen. Da das Gericht die offizielle Ladung ablehnte. Nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht von Rouen, wurde, wie bereits berichtet, Durand zum Tode verurteilt. Die Geschworenen, die die Zubilligung mildernder Umstände verneint hatten, waren über das Bluturteil selbst so entsetzt, daß sie sofort ein Gnadengesuch unterschrieben. Drei andere Angeklagte, die an der Schlägerei beteiligt waren, wurden zu acht bis fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Dieser Justizmord ist bezeichnend für die augenblickliche Geistesverfassung der französischen Bourgeoisie. Er ist eine Frucht der Politik des Abenteurers. Seit der Kommune ist noch nie in der ganz- oder halbhoffiziellen Presse so gegen die Arbeiter gehetzt worden, wie unter der Regierung des Excevoluzers. Diese Hege und der Komplottschwindel während des Eisenbahnerstreiks haben ihre Wirkung getan. Die „moralische Mißhandlung“ von unbeteiligten Gewerkschaftsführern ist die neueste Errungenschaft dieser Politik. Der Allgemeine Arbeitsverband hat beschlossen, mittels Maueranklages gegen das Urteil des Schwurgerichts in Rouen, das gegen einen Arbeitsekretär auf Todesstrafe erkannte, Einspruch zu erheben und am nächsten Sonnabend in Paris, Rennes, Lyon, Marseille und le Havre Protestversammlungen abzuhalten. In le Havre wurden schon mehrere Protestversammlungen und Straßenkundgebungen veranstaltet, an denen sich 5000 Arbeiter beteiligten. Mehrfach kam es zwischen Schulreuten und Demonstranten zu Zusammenstößen. Fünf Personen wurden verhaftet.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Die Verhandlung der einzelnen Fälle, die Dienstag fortgesetzt wird, weist zunächst nichts Besonderes auf. Erwähnenswert ist, daß die beiden Schulleute, welche den Schiffer Hagen festgenommen und nach dem Kohlenplatz transportiert haben, energisch bestreiten, ihn dort den Arbeitswilligen ausgeliefert zu haben. Vielmehr wollen sie, als sie ihn von Arbeitswilligen umringt sahen, ihn sofort geschützt haben. Der eine der beiden Schulleute verweigert übrigens, nachdem er über das Recht, sein Zeugnis zu verweigern, vom Rechtsanwält Cohn belehrt ist, auf die Frage, ob er bei dem Transport den Hagen geschlagen habe, die Antwort. Weiter ereignete sich in der Dienstag-Vormittags-Sitzung ein Zwischenfall mit dem Parteisekretär Weis, der im Zuhörerraum sitzt. Als der Polizeileutnant Folte befundet, daß Leute, die im abgesperrten Gebiet wohnen, durchgelassen seien, entschläpft ihm eine Äußerung, die er vor ihm stehender Wachmeister, in der Form, wie kann der Mann unter Eid solche Frechheit behaupten, gehört haben wollte und sofort dem Polizeileutnant mitteilte. Als dieser sich beim Vorstehenden beschwerte, erwiderte Weis, die Äußerung habe gelautet: „Ja, mit einem Loch im Kopf.“

Das Gericht beschloß, weil die Äußerung, für welche der von dem Wachmeister angegebene Wortlaut angenommen wurde, Weis nur entschläpft sei, ohne daß die andern sie hören sollten, von einer Bestrafung wegen Ungebühr Abstand zu nehmen. Da aber Weis gezeigt habe, daß er sich nicht beherrschen könne, sei er aus dem Zuhörerraum zu verweisen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst als Zeuge zu dem Fall des Angeklagten Breyer der Kutscher vernommen, der mit ihm zusammen auf dem Wagen gefahren ist und gehört haben soll, wie Breyer den Schulleuten „Hunde“ oder „Blutunde“ zurief. Angeblich hat der Zeuge sowohl bei seiner polizeilichen als bei seinen wiederholten Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter gesagt, daß er diese Worte deutlich gehört und dem Angeklagten deshalb auch Vorhaltungen gemacht habe. Vor Gericht gibt der Zeuge an, daß das Protokoll des Untersuchungsrichters nicht stimmt, er habe dort ausdrücklich erklärt, daß er nicht beschwören könne, daß Breyer diese Worte gebraucht habe. Der Zeuge bleibt bei seiner Aussage und erklärt noch auf die Frage des Staatsanwalts, ob er inzwischen mit Angehörigen der Familie des Angeklagten gesprochen hat oder von irgend einer anderen Seite beeinflusst sei, daß das nicht der Fall sei; er kenne den Angeklagten nicht weiter und habe mit keinem Menschen über die Angelegenheit gesprochen haben. Der Zeuge wird später noch einmal gehört werden.

Den Schluß der Sitzung bildet die Erörterung des Falles Bod, der beschuldigt wird, einem Schulleute mit dem Messer in den Unterleib gestochen und einen anderen weniger schwer verletzt zu haben. Der Angeklagte, der von dem Rechtsanwält Bahn verteidigt wird, stellt nicht in Abrede, von seinem Messer Gebrauch gemacht zu haben, er behauptet aber, daß er sich in der Notwehr befunden habe. Er sei ganz allein in der Straße gewesen und von mehreren Schulleuten verprügelt worden. Die ihm gegenübergestellten Schulleute, die seine Inhaftierung vollzogen haben, bestreiten jede Mißhandlung; sie stellen die Sache so dar, als ob Bod wegen ruhestörenden Lärmes verhaftet werden sollte, und sich seiner Bestrafung dadurch widersetzt habe, daß er zum Messer griff. Der Angeklagte erklärt weiter, daß er auch auf der Wache furchbar mißhandelt wurde. Auch davon will keiner der Schulleute etwas wissen, obwohl einer der Mitangeklagten die Aussagen Bods bekräftigt.

Mittwoch fällt die Sitzung aus; nächste Verhandlung Donnerstag.

Aus Nah und Fern.

Das Opfer der Löwin. Wie aus Berlin berichtet wird, ist das Besitzen des Dompteurs Meier, der in einem Käfig auf dem Rummelpark in der Greifenhagener Straße von einer Löwin überfallen und schwer verletzt wurde, verhältnismäßig günstig abgelaufen, obgleich er sich noch immer in Lebensgefahr befindet. Es hat sich herausgestellt, daß die Verletzungen zunächst gefährlicher aussahen als sie in Wirklichkeit waren. Die Ärzte hoffen, den Dompteur am Leben erhalten zu können.

Die brennenden Benzintanks. Das Großfeuer auf dem Gelände der Benzinalagerungs-gesellschaft m. b. H. an der Köpenicker Chaussee in Berlin dauerte auch gestern noch an. Obgleich von der Berliner Feuerwehr im Laufe der Nacht weitere Verstärkungen herangezogen wurden, konnte der Feuerbrand noch immer nicht lokalisiert werden. In der zweiten Morgensunde kam ein neuer großer Benzintank zur Explosion, so daß bis jetzt fünf große Tanks vom Feuer ergriffen sind. Worüber liegt sich noch gar nicht absehen, wann der Brand erlischt. Die von den Flammen noch nicht ergriffenen Tanks werden nunmehr unter Wasser gehalten. Auf der Brandstelle trafen heute zahlreiche Brandopfer von der Berliner Charlottemburger und Köpenicker Feuerwehren ein, um das furchtbare Schauspiel zu sehen. Der Schaden beläuft sich auf Millionen.

Verschüttet. Auf der Zeche „Alma“ bei Gelsenkirchen wurden am Sonnabend nachmittags zwei Häuer verschüttet. Einer von ihnen konnte als Leiche geborgen werden. Von dem zweiten Verschütteten hat man kein Lebenszeichen vernommen!

Opfer eines Mädchenhändlers. In den letzten Monaten waren aus Bergmannsdörfern des Saarreviers sechs Mädchen verschunden. Die Vermutung, daß sie einem Mädchenhändler zum Opfer gefallen sind, findet jetzt ihre Bestätigung. Ein aus Hangard bei Neunkirchen verschundenes Mädchen schrieb aus Bonts-Mousson an seine Mutter, daß es seinem Entführer, der es unfittlichen Zwecken habe zuführen wollen, glücklich entkommen sei. Auf der Rückreise erblickte es auf der Straße in Neunkirchen seinen Entführer, der schon wieder ein Mädchen an der Seite hatte. Die sofort verständigte Polizei verhaftete den Mädchenhändler. Man hofft, auch der übrigen Mädchen habhaft zu werden.

Mord und Selbstmord. In Rötchen erschöpfte Montag mittags ein junger Mann eine Kellnerin. Darauf begab er sich auf das nahegelegene Feld und verübte dort Selbstmord.

Zwei Kinder erstickt. In Bförlheim wurden zwei Knaben im Alter von zwei und vier Jahren, die in der elterlichen Küche eingeschlossen waren, erstickt aufgefunden. Sie hatten anscheinend mit Streichhölzern gespielt, wobei Wäsche in Brand geriet.

Opfer des Eises. Montag nachmittags brachen auf der Eisdecke der Donau bei Wilshofen in Bayern drei Kinder ein. Während eines gerettet werden konnte ertranken die anderen, sowie ein Mädchen, das helfen wollte.

Russisches. Bei einer in der russischen Stadt Drenburg vorgenommenen Haussuchung wurden drei Polizeiamte ermordet.

Feuersbrunst. Aus Staniza Wosnesskaja (Gouv. Tenz) wird gemeldet: Etwa hundert Häuser sind hier niedergebrannt. 700 Menschen sind obdachlos.

Selbstmordversuch vor den Augen des Lehrers. Eine Schülertragedie hat sich in Wiesbaden zugetragen. Der Unterlehrer Hugo Fried aus Wiesbaden hatte vor seinem Mathematiklehrer wegen einer ungebührlichen Antwort eine Arreststrafe erhalten. Fried trat Montag nachmittags im Hausflur vor seiner Klassentür an den Lehrer, heran und bat, ihm die Strafe zu erlassen. Als der Lehrer dies ablehnte, zog Fried einen Revolver aus der Tasche und schoß sich vor den Augen des Lehrers eine Kugel in die Brust. Die Verletzung ist nicht lebensgefährlich.

Schwerer Zugzusammenstoß. Gestern früh erfolgte auf der holländischen Station Breda ein Zusammenstoß zweier Güterzüge, wobei drei Personen getötet wurden. Der Materialschaden ist bedeutend. Die beiden Bliffinger Züge wurden ungeteilt und erlitten eine zweistündige Verspätung.

Für 40 000 Mk. Goldwaren gestohlen. Aus Nürnberg wird gemeldet: Im dem Jüwelen- und Goldwarengeschäft von Müller am Josephplatz wurde in der Nacht zum Montag ein Einbruch verübt und für 40 000 Mk. Waren gestohlen. Die Diebe haben die Ladenkasse und den Geldschrank, in dem sich kostbare Jüwelen und ungefaßte Gesteine befanden, unberührt gelassen. Der Verdacht fällt auf zwei junge Leute, die sich abends in der Nähe des Geschäftes auffällig machten. Von den Tätern hat man keine Spur.

110 000 Mk. unterschlagen. Die Unterschlagungen des verhafteten Kaffereis-Bäckers der Swar- und Kreditkasse in Kupferdreh sind weit höher als anfänglich angenommen wurde. Sie belaufen sich auf 110 000 Mk.

280 Menschen im Kaspiischen Meer ertrunken. Der Ozean, der in den letzten Tagen aus dem Kaspiischen Meere herrschte, hat eine große Schiffskatastrophe verursacht. Ein Augenzeuge des Unglücks berichtet darüber: „Ein furchtbarer Sturm hat auf dem Kaspiischen Meer zahlreiche Schiffsunfälle verursacht. Bei Astrachan sanken zehn Barken mit über 300 Personen, meistens Russen und Perser. Unser Dampfer rettete 20 Personen, alle übrigen ertranken vor unseren Augen.“ Auch im transkaspischen Gebiet sind große Unwetterkatastrophen entstanden. Wie aus Nischabad in Russisch-Zentralasien telegraphiert wird, ist dort durch einen Sandwirbelsturm ein Eisenbahnzug aus Kaschnowodsk zum Stehen gebracht worden. Der Verkehr ist unterbrochen. Starke Kälte verhindert die Säuberung des Meeres. — Der Dampfer „Imperatrice Alexandra“ ist nach dreitägigem Kampfe mit dem im Kaspiischen Meere herrschenden Sturm in Petrowsk eingetroffen. Es ist ihm gelungen, 16 Schiffbrüchige zu retten. Insgesamt sind 16 Barken gesunken. 200 Persische und mehr als 100 russische Hafenarbeiter wurden während des Sturmes auf die See hinausgerrieben; sie sind ertrunken oder ertrunken. — In Odesa, Nikolajew, Werdjansk und Baku herrscht heftiger Sturm. Auf dem Schwarzen, Mowischen und Kaspiischen Meer flocht der ganze Verkehr. Viele Schiffe erlitten Schäden. Auf dem Mowischen Meer ging ein Segelschiff mit der Mannschaft unter.

Eine große Hungersnot von der drei Millionen Menschen betroffen sein sollen, wird aus dem nördlichen Teil der Provinz Anhui (China) gemeldet.

Eine Säuserparade der Heilsarmee. Eine neuartige Propaganda für die Heilsarmee wurde in Neuyork veranstaltet: eine Säuserparade. Aus allen Koschemmen und Kneipen hatte man tausend schwerbetrunkene Personen zusammengesucht, die dann als abschreckendes Beispiel durch die Stadt gefahren wurden. Hierauf folgten die Kapelle, die Offiziere und Mannschaften der Heilsarmee. Abends fand ein Gottesdienst mit Bekehrungsversuchen statt. 1300 Personen schworen den Alkohol ab. Eine ähnliche Veranstaltung soll demnächst in London erfolgen.

Ein self-made-Konful so schreibt man der „Königlichen Volkszeitung“ aus Neuyork, ist der neunzehnjährige E. A. Weinberg, dessen Eltern aus Rußland nach Amerika übergesiedelt sind. Er fühlte den Drang nach Höherem in sich und ließ sich daher vom Staatsdepartement in Washington ein Verzeichnis der erledigten Konsulatsposten in Auslandsstädten. Darauf besuchte er den Major und stellte sich ihm als der für Marokko neu ernannte amerikanische Konful vor. Natürlich wurde er sehr höflich empfangen. Dann ging er zu verschiedenen Richtern, die er sagte, er sei amerikanischer Konful in Marokko, eher zeitlich als Vertreter der marokkanischen Regierung, um das Gerichts- und Befähigungszeugnis zu studieren. Die Richter zeigten sich hoch erfreut über die ihm erwiesene Ehre. Sie wiesen ihm während der Gerichtsverfahren einen Platz neben sich an und luden ihn zu einer ganzen Anzahl Dinners ein. In gewisser Weise kopierte der talentvolle Jüngling so den Hauptmann von Köpenick und hatte seine Rolle wohl noch gerinnbare Zeit weiter spielen können, wenn nicht ein von ihm verübter Diebstahl eines photographischen Apparates die ihm befreundeten Richter aus allen Himmeln gerufen hätte. Jetzt wird er nächsten wieder an einer Gerichtsverhandlung teilnehmen, aber nicht mehr auf der Richterbank.

Verantwortlicher Redakteur: Paul J. W. L. Drucker: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Gänzlich in Löhde.

Am Singertal.

Nach dem Sinnficheren bearbeitet von Werner Peter Larsen.

„Keines“ oder richtiger: „unvernünftiges“ Brot war hoch oben im nördlichen Kareien...

Da die Brot trotz allem und allem jedoch nicht weichen wollte, beschloß Bertu eines Tages, die Grenze des Waldes vor seiner Hütte ein wenig hinauszuweichen...

Ein heißes Freudegefühl überkam ihn, als er in der Ferne die blaue Fläche des Sammal-Lampf erblickte und hoch an dessen Ufern sein wogendes Stöckchen...

„Wie soll ich mich nur so den Menschen zeigen, ja selbst Mann und den Kindern?“, dachte er, „Thomas meint, obgleich seine Schritte wurden doch immer unschlüssiger und langsamer, je näher er dem Haupte kam.“

Das ist das dünne Stimmchen des kleinen Antti und das Stimmchen — der mein, ja, Thomas meint, obgleich er doch ein fast drei Jahre alter ist. Er wäre ja gern auf die Kinder zugegangen, gewiß, aber nein, das konnte er nicht, das konnte er nun doch nicht — die eigenen Kinder so mit dem fahlen Schädel er...

Am hohen Norden, wo das Korn sehr teuer ist, wird das Brot mit gemahlener Weizenmehl vermischt. (S. 47.)

Was aus einem schlechten Zahn werden kann.

Es geschieht häufig, daß ein Zahn, um den Zahnarzt nicht rechtzeitig zu bewegen, um den Zahn immer wieder auf die außerordentliche Wichtigkeit einer guten Zahnreinigung hinweisen muß...

Aus den Wäldern.

Zum Vergleichen. Neulich fehrte ich in einem Garten, wie die Weizen einem Knaben klammerlich die Kehrlinie leiner Reihigkeit ausflopte. Teilnahmslos für den Gekochten und etwas plüßig gegen die Gestrenge frage ich, was der Mann ausgesprochen habe. „Das ist gar net mei Sohn“, sagte mir auf a paar Wochen Schwestern ihr Sohn; der Saubere is zu einer untreuen Stadt befördert sich ein Bankgehalt. Dieses hat zwei Jungen, einen von der Strafe dieser Jungen war nicht affizient. Ein Schild an der Tür besagte vielmehr: „Kein Durchgang!“ Da dieses Schild nicht immer beachtet wurde, ließ die Bank ein zweites, größerer anbringen mit folgender Aufschrift: „Das Durchgehen ist nur den Mitgliedern der Direktion gestattet.“

Allelei Wollensmeries.

Der Wollensmeries berichtet über eine Universitätsfeier, die der ungarische Handelsminister im Auftrag für 10 000 Kronen veranstaltet hat und im Kunstgewerblichen Museum zu Budapest unterhalten wird. Die Ausstellung zeigt ein reiches Bild der Kunst des Mittelalters...

Die Mädel lagen feierlich schimmernd im Strahlen...

Das Meer war flach, dem glühlich aber sagt ein...

Die Schär schreier schreier aus, Schwere Wolken...

Stimmen klangen in der Höhe, in wenigen Stunden...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Sie warten weiter, obgleich es schon völlig dunkel...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Siner Schuss- und Erregung.

Silber aus dem Streifen.

Su mangolen Silberritter soll hier von einer...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

gibt ein 88jähriger Jüngling der Firma, ein als pflanz...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

Sine unsere Frauen.

Statutenbewegung und Kulturverfall.

Su der kulturellen Bewegung, die letzten Anwand...

Die Mädel sahen sich an, die Mädel sahen sich an...

tragte Nachtragsentwurf zu dem Gesetze vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus zur Beratung gestellt. Zu § 4 beantragte Lippert, statt „am 1. April 1910“ zu setzen: „am 1. Januar 1912.“ Der Antrag wurde angenommen. Dadurch kam eine Abstimmung über den von der Kommission zu § 4 gestellten Abänderungsantrag in Wegfall. Durch die Gesamtabstimmung beschloß der Bürgerausschuß, sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Nachtragsentwurfes mit der angenommenen Abänderung durch die Bürgererschaft auszusprechen. Schließlich beschloß der Bürgerausschuß, entsprechend dem Antrage seiner Kommission dem Senate das Ersuchen entgegenzubringen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Bestimmungen über die Gebühren der Wirte, insbesondere über die bei Privatfestlichkeiten in öffentlichen Lokalen zu entrichtenden, (Gesetz vom 19. Februar 1888 betr. die Erhebung einer Abgabe von Lustbarkeiten) einer Revision zu unterziehen sind.

Volkszählung am 1. Dezember 1910. Das Statistische Amt schreibt: Volkszählungen bedeuten für den Staat, was für ein ordentlich geleitetes Geschäft die Aufnahme einer Inventur bedeutet. Nur daß der Kaufmann jährlich Inventur aufnimmt, während der Staat der großen Kosten wegen nur alle fünf Jahre eine Bevölkerungsaufnahme veranstaltet. Am 1. Dezember, morgen Donnerstag, ist wieder eine solche Volkszählung fällig; sie soll alle Personen ermitteln, die sich auch nur vorübergehend, in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember in Lübeck anwesend sind. Die für jeden einzelnen zu beantwortenden Fragen gehen auf Vornamen und Familiennamen, Geschlecht, Familienstand, Geburtsort und -jahr, Geburtsort und -bezirk, Hauptberuf und Stellung in diesem Hauptberuf beziehungsweise Militärverhältnis, Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit und bei vorübergehend Anwesenden auch auf den eigentlichen Wohnort. Weiter soll festgestellt werden, wie viele Unselbstständige am Zähltag arbeitslos sind oder im vorhergehenden Jahre arbeitslos waren. Endlich werden verheiratete, d. h. in einer noch bestehenden Ehe lebende (also nicht verheiratet gewesene) Frauen nach der Zahl ihrer Kinder gefragt. Mit der Bevölkerungsaufnahme ist wieder eine Erhebung der Wohnungsverhältnisse verbunden. Sie geschieht durch Fragen nach Art und Zahl der Wohnräume, ihrer Heizbarkeit und Lage, nach den rechtlichen Beziehungen des Haushaltungsvorstandes zu seiner Wohnung, nach ihrer Ausstattung (ob z. B. Badestimmer, Gas, elektrisches Licht und dergleichen vorhanden), ihrem Mietpreis usw.

Jeder ist zur Beantwortung der an ihn gestellten Fragen verpflichtet. Wesentlich falsche Angaben in den Zählpapieren, Verweigerung der gewünschten Auskunft sowie ungebührliches Betragen gegen die Zähler werden, soweit nicht die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen, mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Dem sollte sich niemand aussetzen, zumal die ganze Zählung — zur Verübung angliedriger Gemüter sei das nochmals mit allem Nachdruck hervorgehoben — mit Steuerzwecken nicht das geringste zu tun hat. Die Beamten des Statistischen Amtes würden sich strafbar machen, wenn sie der Steuerbehörde aus den Angaben in den Zählpapieren auch nur irgend eine Mitteilung machen wollten. Denn der Bundesrat hat verfügt: „Für die bei dieser Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Sie dürfen... nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, nicht zu anderen Zwecken (z. B. steuerlichen) benutzt werden.“ Die Bevölkerung Lübecks hat also nicht den geringsten Anlaß, sich durch die an sie gestellten Fragen beunruhigt zu fühlen. Jeder, der eine Liste erhält, sei darum gebeten, ihre Fragen wahrheitsgetreu und pünktlich zu beantworten und den Zählern mögliches Entgegenkommen zu beweisen. Die gute Durchführung der Zählung liegt im Interesse von Reich, Staat und Gemeinde, von Wissenschaft und Praxis, der Gesamtheit und damit jedes einzelnen; soll sie doch neue Grundlagen für alle möglichen politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen und hygienischen Maßnahmen schaffen.

Die Zählung der Arbeitslosen. Die mit der diesjährigen Volkszählung verbunden ist, scheint nicht überall mit der erwünschten Exaktheit vor sich zu gehen. So wird uns mitgeteilt, daß manche Arbeiter, die im Laufe des verfloffenen Jahres arbeitslos waren, keinen besonderen diesbezüglichen Fragebogen erhalten haben. Da gerade die Arbeitslosenzählung von größter Wichtigkeit ist, so ist es Pflicht der Arbeiter, die im Laufe des verfloffenen Jahres arbeitslos waren, sich diesen Fragebogen vom Zähler beim Abholen der Listen geben zu lassen und ihn genau auszufüllen.

Sind Möbel in möblierten Zimmern pfändbar? Für eine große Reihe von Zimmervermietern ist die Frage, ob wegen ihrer Schulden die Möbel pfändbar sind, die sie einem Mieter überlassen haben, von großer Bedeutung. Die Rechtsprechung geht weit auseinander. Der Ferien Senat des Kammergerichts hat unter dem 6. August die Frage der Pfändbarkeit für diejenigen Fälle verneint, in denen aus dem Vermieten von Zimmern der notwendige Lebensunterhalt gezogen wird. Diese in Nummer 10 der „Blätter für Rechtspraxis im Bezirk des Kammergerichts“ veröffentlichte Entscheidung lautet in den wesentlichsten Teilen folgendermaßen:

Die Schuldnerin hat gegen den landgerichtlichen Beschluß weitere Beschwerde erhoben und unter Verbringung von fünf polizeilichen Anmeldungen aus den Jahren 1906 und 1907, aus denen sich in Verbindung mit der Erklärung des Gerichtspollziehers das Vermieten eines möblierten Zimmers ergibt, näher ausgeführt, daß sie mit ihrem zwölfjährigen Kinde auf das Vermieten des Zimmers völlig angewiesen und daß das Zimmer ohne die gepfändeten Sachen nicht vermietbar sei.

Das Rechtsmittel ist an sich zulässig (§ 568 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung) und rechtzeitig angebracht. Es ist auch sachlich gerechtfertigt.

Daß der Schutz des § 811 Ziffer 5 der Zivilprozeßordnung dem Zimmervermieter niemals zur Seite steht, kann in der Allgemeinheit nicht ausgesprochen werden; es wird vielmehr in jedem einzelnen Falle nach freiem Ermessen zu prüfen sein, ob die Überlassung der Räume zum Bewohnen oder die persönlichen Dienstleistungen des Vermieters den wesentlichen Teil der Erwerbstätigkeit ausmachen. In letzterem der Fall, so ist der Vermieter durch § 811 Ziffer 5 der Zivilprozeßordnung geschützt (vergl. O.-L.-G. 16, 327, auch O.-L.-G. Frankfurt ebenda 7, 352; ferner O.-L.-G. Köln in S.-D.-R. 6, 901 und O.-L.-G. München ebenda 8, 812).

Im vorliegenden Falle, wo die Schuldnerin ein möbliertes Zimmer vermietet hat und davon ihren Lebensunterhalt mit bezieht, ist bei den offensichtlich kleinen Vermögenswerten, um die es sich handelt, anzunehmen, daß die persönlichen, verglichen Mietern regelmäßig zu gewährenden Dienstleistungen den wesentlichen Teil der Erwerbstätigkeit der Schuldnerin ausmachen; ihr steht also der Schutz des § 811 Ziffer 5 der Zivilprozeßordnung zur Seite. Hiernach war auf die weitere Beschwerde der Schuldnerin der angefochtene Beschluß aufzuheben und die Be-

schwerde der Gläubigerin gegen den die Pfändung einer Freischwingeruhr und einer Wachtelkette mit Marmorplatte aufhebenden Beschluß des Amtsgerichts als unbegründet zurückzuweisen, weil die gepfändeten Gegenstände zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit der Schuldnerin unentbehrlich sind.

Weihnachtseinkäufe soll man nicht bis zum letzten Augenblick verschleppen. Angesichts der großen Anforderungen, die in der beginnenden Weihnachtszeit an die kaufmännischen Geschäfte und ihre Angestellten gestellt werden, empfiehlt sich ein frühzeitiger Einkauf der Weihnachtsgaben. Der Geschäftsvorkehrer kann sich dann in ruhiger Weise abspielen und die häufig, namentlich in den letzten Tagen vor Weihnachten, beobachtete Überfüllung der Läden wird vermieden. Möge die Mahnung: „Kauf rechtzeitig!“ noch mehr als im Vorjahre beherzigt werden zum Segen der Käufer, der Geschäftsinhaber und nicht zum wenigsten auch der Angestellten, die doch auch der Weihnachtsfreude teilhaftig werden wollen.

Arbeiterisiko. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Montag morgen zwischen 7 und 8 Uhr auf dem Dampfer „Raparand“. Beim Bösen von Papierholz fiel dem Arbeiter Krempen ein Stück Papierholz auf den linken Fuß und verletzte ihn so erheblich, daß er die Arbeit verlassen und sich seiner Wohnung begeben mußte, wo er ärztliche Hilfe in Anspruch nahm.

Ein Kanarienvogel brach in der Nacht zum Montag in den Räumlichkeiten eines in der Sedanstraße wohnhaften Einwohners ein und entwendete daraus die beiden fettesten Tiere, mit denen er unerkannt entkam. Die bisherigen Nachforschungen nach dem Dieb blieben noch resultatlos.

Eheerbrechregister. Am 26. Novbr. 1910 ist bezüglich der Ehe des Apothekers und Drogeriebesizers P. R. A. Mager und C. M. Engel geb. Wollsen verw. Totmitt in Lübeck eingetragen. Durch Ehevertrug vom 25. November 1910 haben die Ehegatten Gütertrennung vereinbart. — Am 26. Novbr. 1910 ist bezügl. der Ehe des Fuhrmanns W. C. S. Suhr und L. A. G. geb. Schönbaum in Travemünde eingetragen: Der Mann hat das Recht seiner Frau, innerhalb des häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, wiederhergestellt.

Fahrraddiebstahl. Am 28. d. M. ist in Rakeburg ein Fahrrad Marke „Victoria“ mit schwarzem Gestell und der Fabrikmarke 188 700 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der mutmaßliche Dieb ist, wie bei dem Zugpersonalfestgestellt ist, mit dem Zuge 7.44 nach hier gefahren. Die rechtsseitige Lenkstange ist zur Hälfte abgebrochen. Auf der Glocke fehlt der Deckel. Der Dieb ist von mittlerer Statur, hat kleinen blonden Schnurrbart, trug schwarzen Schlapphut und braunen Überzieher.

Verhaftet. Festgenommen wurde ein Knecht, der seinem Dienstherrn, einem hiesigen Schlachtermeister, eine größere Summe Geld gestohlen hat.

Entwendeter Schloßkorb. Am 29. d. M. nachmittags ist von der Haustür Mühlenstraße 4 ein 60 Zentimeter langer und 40 Zentimeter hoher Schloßkorb abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Korb ist zur Hälfte schlicht und zur Hälfte gewürfelt gearbeitet.

Diebstahl. Aus dem Vorgarten des Hauses Lindenstraße 5a ist am Sonntag, dem 27. d. Mts. ein Rinderpielzeug, nämlich ein grau gestrichener, doppeltflügeliger Biockwagen, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Verstümmelte Tauben. Vom Hofe des Hauses Broilingstraße 5 sind 1 Paar Kopenhagener Tauben, 1 Paar Möwen, 1 Pfauentaube mit weißem Gefieder und einem Ring am rechten Bein und eine graublauwe Brieftaube abhanden gekommen und vermutlich gestohlen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag gelangt bei kleinen Preisen im Abonnement zum letzten Male Björnsons reizendes Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ und hierauf das tragikomische Werk „Talmas Ende“ von Friedmann und Polgar zur Aufführung. — Am Freitag geht der Operetten-Schlager „Die geschiedene Frau“ von Leo Fall, welcher bei seiner Erstaufführung am Montag einen glänzenden Erfolg erzielte, zum zweiten Male in Szene. — Für Sonntag befindet sich die Schauspiel-Novität „Kasernenlust“ von Stein und Schöngen in Vorbereitung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt Friedrich Hebbels gemaltige Tragödie „Gyges und sein Ring“ in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater zur Aufführung.

Hamburg. Hundert Personen an Bergigungserkrankungen erkrankt sind in den letzten Tagen in Barmbeck, St. Pauli, Eimsbüttel und Harvestehude sowie in Altona nach dem Genuss von Margarine. Nach dem von der Polizeibehörde sofort eingeleiteten Verfahren sind in mehreren hiesigen Filialen Häuser mit Margarine beschlagnahmt worden und sollen einer Analyse unterworfen werden. Auf die gleiche Wirkung dieser Erbsäure ist ein Unfall zurückzuführen, dem leicht zwei Menschen zum Opfer fallen konnten. Darüber wird berichtet: Ein Einwohner aus Wandsbek fuhr mit einem Bekannten vor einigen Tagen die Altonaer Chaussee entlang und fand bei der Überführung der Eisenbahn in Lönndorf-Lohse die Barriere geöffnet. Er lenkte sein Pferd auf das Bahngleis, aber in dem gleichen Augenblick kaufte der Lübecker Zug heran und schleuderte das Tier zur Seite, das auf der Stelle verendete. Die beiden Insassen wurden zwar vom Wagen geschleudert, blieben aber unversehrt. Als man wegen des Nichterschließens der Barriere Erkundigungen einziehen wollte und sich in das Wärterhäuschen begab, fand man dort den Streckenwärter bestmüde auf. Durch weitere Ermittlungen wurde festgestellt, daß der Wärter und seine Familie nach dem Genuss von Margarine plötzlich erkrankt waren. Der Familienvater war trotzdem noch auf seinen Posten geist, ist aber jedenfalls während seines Berufs von Unwohlsein befallen worden.

Kiel. Sechshundert Mark Geldstrafe verhängte gestern die Strafkammer I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Großmann über Genossen H. Brecoeur, der als verantwortlicher Redakteur die Staatsanwaltschaft und den Gerichtshof in Bonn beleidigt haben soll. Die Beleidigung wurde in einer Notiz gefunden, die in Nr. 211 vom 10. September sich kritisch mit der Tatsache beschäftigte, daß die Staatsanwaltschaft die Revision gegen das Urteil gegen die Stanten „Baruffen“, die wegen Zerstörung von Eisenbahnwagen zu Geldstrafen verurteilt worden waren, zurückgezogen hatte. Der Staatsanwalt hatte gegen Genossen Brecoeur sechs Monate Gefängnis beantragt.

Kiel. Das Urteil gegen Kapitänleutnant B. vom Kreuzer „Blitz“ wurde am Dienstag abend vom Kriegsgericht der 2. Marineinspektion gefällt. Der Angeklagte wurde wegen vorfälliger Abstattung wissentlich falscher dienstlicher Meldungen (durch falsche Abfassung der Abschlüsse der Offiziersmesse), Ungehorsams und Fahnenflucht zur Dienstentlassung und zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, von der Anklage der Unterschlagung aber freigesprochen, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den Fehlbetrag in der Kasse der Offiziersmesse für sich verwendet hat. Auf die Freiheitsstrafe wurde 1 Monat der Untersuchungshaft angerechnet.

Heide. Zu Tode verbrüht. Die ein Jahr alte Tochter der Eheleute Jessen in der Güterstraße fiel in ein Gefäß kochenden Wassers und verbrannte so stark, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Glückstadt. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag auf der Station Beetzhorn. Der Stationsvorsteher Krüger geriet in der Dunkelheit unter den Zug, wobei er besonders am Kopfe schwere Verletzungen erlitt. Mittels Krankenbord mußte er dem Glückstädter Krankenhaus zugeführt werden.

Bremen. Wegen Aufreizung zum Klassenhaß war gegen den Genossen Rauch ein Strafverfahren anhängig gemacht worden. Er sollte in einem Artikel des monatlich erscheinenden „Sozialdemokrat“ aus Anlaß der Strafenurtheile in Bremen aufgefordert haben, sich gegen die Polizei aufzulehnen. Bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, deren Resultat nunmehr dem Staatsanwalt die Lust genommen zu haben scheint, sich nach dem Muster von Moabit zu blamieren. Das Strafverfahren wurde eingestellt.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Einen ungetrübten Genuß bot Herr Pennarini vom Hamburger Stadttheater gestern abend in der Titelrolle von Wagners „Lohengrin“. Der Künstler gab den Graubitter gelanglich und darstellerisch hoheitsvoll und poetisch zugleich. Fart und innig in dem Brautgemach, brachte er seine glänzenden Mittel im Finale des zweiten Aktes und in der letzten Hälfte des dritten Aufzuges zur vollen Entfaltung. Dem vortrefflichen Hamburger Gast und den mitwirkenden hiesigen Künstlern, die ihm ebenbürtig zur Seite standen, wurde mit Recht lebhafter Beifall gespendet. P. L.

Genossenschaftsbewegung.

Die städtischen Material- und Einkaufsämter und der Mittelstand. Der deutsche Städtetag hat vor einiger Zeit Erhebungen angefertigt, in welchem Umfange die Städte Material- bzw. Einkaufsämter errichtet haben. Diese Ämter wollen Artikel, die von einer Reihe von Verwaltungen derselben Stadt gebraucht werden, gemeinsam einkaufen. Durch diese Zusammenfassung des Bedarfs sichern sich die Städte größere Vorteile beim Einkaufe. Die Mittelständler befürchten, obwohl diese Einrichtungen bisher nur geringen Umfang haben, auf diese Weise ausgeschaltet zu werden. Die Westdeutsche Mittelstandszeitung vom 12. November bringt daher einen großen Warnungsartikel und operiert darin gegen die städtischen Material- und Einkaufsämter mit denselben Argumenten wie gegen die Konsumvereine. Es sei die Gefahr vorhanden, daß man den Zwischenhandel ausschalte, direkt vom Produzenten beziehe, zur Eigenproduktion übergehe usw. Das selbstverständliche Bemühen, den städtischen Bedarf billig zu kaufen und nicht durch unnütze Zwischengewinne zu verteuern, ist diesen Herren also schon verdächtig. Sie wollen, daß alles in kleinen gekauft wird, damit die Händler verdienen, sie selbst richten jedoch Einkaufsgenossenschaften ein.

Das badische Finanzministerium über die Besteuerung der Konsumvereine. Der Deutsche Handelstag hat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt, wonach dem „Steuerprivilegium“ der Konsumvereine ein Ende bereitet werden soll. In Ausführung dieses Beschlusses hat der Handelstag dann eine Eingabe an die zuständigen Behörden der Bundesstaaten gemacht, die leider nicht veröffentlicht worden ist. Wohl aber wird der „Volkischen Zeitung“ vom 5. November mitgeteilt, was das badische Finanzministerium auf die Eingabe antwortete. Es teilte dem Deutschen Handelstag mit:

Nach der badischen Steuergegebung gilt der Geschäftsbetrieb der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (auch derjenigen, die nur die Bedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigen) als gewerbliche Unternehmung. Diese Wirtschaftsgenossenschaften sind daher auch grundsätzlich vermögens- (gewerbs-) steuerpflichtig. Befreit sind nur die im § 51 Ziff. 3 BStG. erwähnten kleinen Vorwärts- und Kreditvereine, landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Vereinigungen und Baugenossenschaften. Zur Einkommensteuer werden von den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nur die Konsumvereine, mit Ausnahme derjenigen, die vornehmlich den gemeinschaftlichen Einkauf von Wirtschaftsbedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebs für die Vereinsmitglieder bezwecken, herangezogen. Als deren Einkommen gelten die Überschüsse, die als Zinsen- und Dividenden unter die Mitglieder verteilt werden, soweit sie 3 v. H. der Geschäftsguthaben der Mitglieder übersteigen, ferner die Überschüsse, die zur Bildung von Reservefonds, zur Schuldentilgung usw. verwendet werden. Daneben haben die Konsumvereine Mitglieder, ebenso wie die Mitglieder der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ihre Geschäftsguthaben zur Vermögenssteuer und das hieraus fließende Einkommen zur Einkommensteuer zu versteuern. In gleichem Umfang unterliegen die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihre Mitglieder mit ihrem Vermögen und Einkommen den direkten Gemeindesteuern.

Der Deutsche Handelstag kann aus diesem Bescheid ersehen, wie es mit dem „Steuerprivilegium“ der Konsumvereine bestellt ist. Rund und nett erklärt das badische Finanzministerium, daß in Baden die Konsumvereine unter ein Ausnahmesteuerrecht gestellt sind, indem nur sie zur Einkommensteuer herangezogen werden. Und wie in Baden, so ist es auch in den meisten anderen Bundesstaaten, vielfach ist die Besteuerung sogar noch ungünstiger wie in Baden geregelt. Wenn bei dieser Sachlage jemand das Recht zum Petitionieren hat, dann sind es die Konsumvereine, die sich des ihnen zugesügten Unrechts zu erwehren haben. Wenn Händlerorganisationen eine weitere Verschlechterung dieses Zustandes erstreben, so ist das eine Annäherung, die nicht entschieden genug zurückgewiesen werden kann.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternmarkt-Viehmarkt vom 29. Novbr.
Auftrieb 6450 Schweine Markt flau. überstand
— Stk.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste Schwere reine Schweine über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64,00 bis 65,00 (51,00 bis 52,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 63,00 bis 64,00 (50, — bis 51, —) Mittelw. von 200—240 Pfd., Tara 20 Proz., 63,00 bis 64,00 (49,00 bis 50,00) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 63, — bis 64,00 (49, — bis 50,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,00 bis 62,00 (44,00 bis 47,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 56, — bis 60,00 (45,50 bis 48,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 50,00 bis 53,00 (39,00 bis 43,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schöner Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebenen Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Dienstag morgen 9 Uhr entschließt sich nach längerer schwerer Krankheit unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

Ludwig Ehmcke

im 78. Lebensjahre. Tief betrauert von den Seinen. Im Namen der Hinterbliebenen: **Otto Schweim und Frau,** Minna, geb. Schmidt, Bülowstraße 8.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 2. Dezember, 1 1/4 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt. Wegen dieses Trauerfalles bleibt mein Geschäft am Freitag, dem 2. Dez., v. 12-4 Uhr geschlossen. **Otto Schweim.**

Für die bewiesene Teilnahme und reiche Kranzspende anlässlich der Beerdigung meiner lieben Frau, sowie Herrn Pastor Müller für seine tröstenden Worte sagen unsern innigsten Dank. **Carl Karow und Kinder.**

Für die zahlreichen Geschenke und herrlichen Gratulationen anlässlich unter Silberhochzeit danken herzlich. **Wulf u. Frau, Westloe bei Lübeck.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit sprechen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank aus. **W. Jürs und Frau.**

Zum 1. Januar eine kleine freundl. Wohnung zu vermieten. Näheres **Gnoelstraße 23.**

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres **Kottwitzstraße 48, pt., r.**

Schöne 1. Etage, 3 Zimmer u. Zubehör, zu sofort oder später zu vermieten. Preis 270 Mark. **Brießstraße 11, part.**

Gelucht zum 1. April 1911 eine Drei- bis Vierzimmerwohnung. Ang. mit Preisangabe u. Z. D. an die Exped. d. Bl.

Eine Dreizimmerwohnung zum 1. April zu mieten oder ein kleines Haus vorm Holstentor zu kaufen gesucht. Off. u. H. A. an die Exp.

Junger Mann

(16 bis 18 Jahre) als Bote zum 5. Dezember gesucht. Kleine Kautions erforderlich.

E. Th. Dawartz, Sürferdamm 6.

Schlachterei und Wurstmacherei mit elektr. Betrieb und kompletter Einrichtung zu sofort zu verpachten. Off. u. U. 100 an die Exp. d. Bl.

Ein neuer Holstafeln

zu verkaufen. An der Mauer 68. 1.

Zu verkaufen ein Vogelbauer und eine Dampfmaschine. **Weißhofsstr. 19, II.**

Bügel zu verk. e. Schlafzimmers-einricht. mit 6 Betten f. i. Brautleute. **Weißhofsstr. 33a, II.**

bürgerlicher Mittagstisch. **Drönerstr. 9, I.**

Sommerjauer u. Sauerkeißel empfiehlt **Meizel, Hartensgrube 34.**

Blumenmisch

hoch feine Ware, lose vom Topf. **22 Bg. Böttcher, Altr. 11.**

Solentelle,

Sauz, Süß, Roter, Fuchs u. Pferdehaare,

Wahnen, Kaffeebohnen u. c. c. laut zu höchsten Tagespreisen **L. L. Warburg, Bahnhofsstr. 22a.**

Als Bezugsquelle feinsten **Solentelle, Süßbohnen, Salzmandeln etc.**

H. L. Wiegels (vorm. L. C. Bange), Fischergasse 61.

EPLUR

Für die Wäsche
Zum Aufwaschen in der Küche

**Allerbestes
Wash-Reinigungs-
und Spülmittel.**

1/2 Pfund 60 Pfg.
1/2 Pfund 30 Pfg.

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg, Weidenallee 6/12.

Hiermit mache den geehrten Gluwohnern von **Schlutup** die ergebene Mitteilung, daß ich zum 1. Dezbr. mein Geschäft von der Friedrichstraße Nr. 2 nach der **Lübecker Straße Nr. 40** verlege. **Schachtungsoll Emil Pehrson, Schuhmacher.**

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig. Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Arbeiter-Bildungsverein.

Lübeck. Donnerstag, den 1. Dezbr. 1910 abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“

Vortrag über: Wirtschaftskrisen in alter und neuer Zeit.

Referent: Genosse Diez. Zu diesem Vortrag sind die Mitglieder sowie deren Frauen und Freunde unserer Sache freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. **Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.**

Versammlung

Donnerstag, 1. Dezbr. abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52. Der Vorstand. **Großes Auspielen** von **festen Gärten, Karpfen und Raubfische** am Donnerstag, 1. Dezbr. 1910. Anfang 10 Uhr vormittags. Einfaß 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein **Joach. Brincker** Schmiedestraße Nr. 4-6. **Hinladung zum**

BALL

der Konträger-Korporationen am Donnerstag, 1. Dezbr. im Konzerthaus „Flora“ (Max Sterns).

Öffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Gebe morgen. Eintritt 1 Mk. Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Lübeck.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg aus Kettwig bei Düsseldorf am Mittwoch, dem 7. Dezember 1910 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Gewerkschaftskartell Lübeck.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg aus Kettwig bei Düsseldorf am Donnerstag, dem 8. Dezember 1910 in Schlutup im Lokale des Herrn Vedder, „Gasthof zur Post“.

Gewerkschaftskartell Stockelsdorf.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg aus Kettwig bei Düsseldorf am Dienstag, dem 6. Dezember 1910 im Gesellschaftshaus von L. Paetau-Fackenburg.

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pfg. Kinder 10 Pfg. Rinderkarten werden nur an der Kasse verabfolgt. Rauchen freundl. verboten. Die Kartellkommission.

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pfg. Rinderkarten a 10 Pfg. werden nur an der Kasse verabfolgt. Rauchen freundl. verboten. Die Kartellkommission.

Die Kartellkommission.

Ausnahmepreis für unsere Leser!



Charles Dickens

Auswahl seiner besten Schriften in einer illustr. Pracht-Ausgabe.

Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände eleg. geb. zu dem billigen Preise von

nur Mark 3.—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Achtung! Zentralverbände der Maurer und Bauarbeiter!

Gemeinsame Versammlung

am Donnerstag, dem 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung: Konstituierung des Bauarbeiterverbandes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die Vorstände.

NB. Auch die Kollegen der angeschlossenen Zahlstellen werden hiermit eingeladen.

Gewerkschaftskartell Lübeck.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg aus Kettwig bei Düsseldorf am Mittwoch, dem 7. Dezember 1910 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Gewerkschaftskartell Lübeck.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg aus Kettwig bei Düsseldorf am Donnerstag, dem 8. Dezember 1910 in Schlutup im Lokale des Herrn Vedder, „Gasthof zur Post“.

Saalöffnung für beide Orte 7 Uhr. Anfang für beide Orte 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pfg. Kinder 10 Pfg. Rinderkarten werden nur an der Kasse verabfolgt. Rauchen freundl. verboten. Die Kartellkommission.

Gewerkschaftskartell Stockelsdorf.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg aus Kettwig bei Düsseldorf am Dienstag, dem 6. Dezember 1910 im Gesellschaftshaus von L. Paetau-Fackenburg.

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pfg. Rinderkarten a 10 Pfg. werden nur an der Kasse verabfolgt. Rauchen freundl. verboten. Die Kartellkommission.

Die Kartellkommission.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend. G. G. m. b. H.

General-Versammlung

am Donnerstag, 8. Dezbr. 1910 abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Gewinnverteilung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 16 des Statuts.
5. Verlesung des Revisionsberichts des Verbandsrevisors F. Dieckmann-Hamburg.

Eintritt nur gegen Legitimation. Mitgliedsbücher oder Karten legitimieren.

Der Aufsichtsrat: **Rob. Waldburger, Vorsitzender.** NB. Vom Mittwoch, dem 30. November, ab liegt die Bilanz in unserer sämtlichen Warenabgabestellen zur Einsicht der Genossen aus und können die Geschäftsberichte in Empfang genommen werden.

Zentral-Hallen

Dankwardtstraße 20. Jeden Donnerstag: **Großes Tanzfranzöhen.**

Eintritt für Herren 25 Pfg., für Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei. **H. Pagel.**

Hansa-Theater

Beginn der **Spezialitäten-Vorstellungen** Donnerstag, d. 1. Dezbr. **Attraktions-Programm.** Näheres die Plakate u. Annoncen am 1. Dezember.

Panorama

Briefstr. 53. I. St. Neu! Neu! Eine hochinteressante, bequeme Besteigung der

Jungfrau.

Hansa-Theater

Sente Mittwoch abends 8 1/2 Uhr. Abschieds-Gastspiel des **Wiener Kunst-Theaters. Hinter dem Vorhang.** Komödie in 3 Akten von **Marco Brociner.** Inszeniert von Direktor **Karl Langkammer.** Vorzugskarten haben nur wochentags Gültigkeit.

Stadthallentheater.

Freitag, 2. Dezbr. Abds. 8 Uhr. **Gyges und sein Ring.** Tragödie von **Friedr. Hebbel.** Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmart 18.**

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 1. Dezbr. 7 1/2 Uhr. **Bei kleinen Preisen!** Zum letzten Male! **Wenn der junge Wein blüht.** Lustspiel von **Hörner.** Darauf: **Talmas Ende.** Ein tragikomischer Akt von **Liedemann und Polgar.** Freitag, 2. Dezbr. 7 1/2 Uhr. **Die geschiedene Frau.** Operette von **Leo Fall.** Zu Vorbereitung! **Kasernenluft.** Schauspiel von **Stein u. Söhnlein.** Sensationeller Schlager b. Zaijov